

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

20. Sitzung
12. Juni 2023

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.00 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand der Energieeinsparbemühungen des Landes Berlin sowie der Auswirkungen der sich zuspitzenden Energiekrise auf die Berliner Unternehmen und die landeseigenen Betriebe
(auf Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0106](#)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Solaranlagen auf Berliner Gebäuden: Wie ist der
Stand und der Zeitplan des Ausbaus von PV-
Anlagen auf öffentlichen und privaten Dächern in
Berlin?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0105](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Jörg Stroedter: Als Anzuhörenden darf ich zum einen Herrn Jochen Brückmann, Präsident beim Verband Deutscher Grundstücksnutzer e. V. – VDBG – begrüßen. Herzlich willkommen, Herr Brückmann! Ich begrüße Herrn Stephan Hoffmann, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung bei der IBB. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! Ich begrüße ebenfalls Herrn Markus Meyer, Leiter für Politik und Regulierung bei Enpal B. V. Herzlich willkommen! Ebenso begrüße ich – last but not least, weil in alphabetischer Reihenfolge – Herrn Henrik Vagt, Geschäftsführer Wirtschaft und Politik bei der IHK Berlin. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Sie wissen alle, dass das hier live übertragen wird und dass die Presse mithört. Das wird Sie wahrscheinlich aber nicht stören. Ich gehe davon aus, dass alle ein Wortprotokoll wollen. – Das ist sicherlich der Fall.

Wird die Begründung des Besprechungsbedarfs durch eine der antragstellenden Fraktionen gewünscht? – Herr Kollege Gräff für die CDU-Fraktion, bitte!

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie sich die Zeit genommen haben, heute hier sein zu können! Uns war, glaube ich, gemeinsam das Thema wichtig, weil wir auf der einen Seite – Sie haben es beim vorigen Tagesordnungspunkt gesehen – natürlich wissen wollen, wie es bei der öffentlichen Hand, aber auch bei den privaten Gebäuden aussieht. Dass wir als CDU-Fraktion eine sehr große Skepsis gehabt haben, als dieses Gesetz beschlossen worden ist, noch in der letzten Koalition, ist Ihnen, glaube ich, bekannt – jedenfalls das Solargesetz in dieser Form. Jetzt ist ein bisschen Zeit ins Land gegangen. Der eine oder andere Private hat möglicherweise schon neu gebaut und ist von dem Gesetz betroffen, oder er hat saniert, auch dafür gilt es ja. Insofern würde uns Ihre Sicht der Situation heute interessieren. Was ist in diesem kurzen Zeitraum gut gelaufen? Was kann man vielleicht noch besser machen? Wie ist die Situation, wenn man mit dem Gesetz leben muss? – Das würde uns sehr interessieren. Vielen Dank noch mal, dass Sie hier sind!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege Gräff! – Dann gehe ich mal davon aus, Frau Senatorin, dass wir erst die Anhörung machen und Sie sich anschließend äußern. – Das ist der Fall. Dann rufe ich Sie jetzt einzeln in der Reihenfolge auf. Ich darf Sie darum bitten, dass Sie ein Eingangsstatement von ungefähr fünf Minuten halten, damit wir – das ist der entscheidende Punkt – dann mit Ihnen diskutieren und Fragen stellen können. – Herr Brückmann, wir fangen mit Ihnen an. Mir wurde eine Präsentation angekündigt. Das ist jetzt

aber nicht der Fall? – [Jochen Brückmann (VDGN): Ist nicht notwendig!] – Dann haben Sie das Wort, bitte!

Jochen Brückmann (VDGN): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Vielen Dank für die wiederholte Gelegenheit, hier zu Solaranlagen auf Berliner Gebäuden sprechen und insbesondere die Einschätzung der normalverdienenden – in Anführungszeichen – Bürger und Bürgerinnen, die in eigenen Ein- oder Zweifamilienhäusern wohnen oder ihre Freizeit in Kleingärten verbringen, einbringen zu können!

Es ist geradezu wohltuend, möchte ich an der Stelle sagen, dass hier in diesem Ausschuss vor und nach der Gesetzgebung ausreichend Zeit für die fachliche Argumentation vorhanden ist, ganz im Gegensatz zu aktuellen anderen Gesetzgebungsverfahren auf der Bundesebene, Beispiel GEG-Novelle. Also ein Dank, der nicht nur eine Floskel ist!

Sehr geehrte Frau Giffey! Sehr geehrter Herr Stroedter! Ich freue mich natürlich naturgemäß ganz besonders, dass der Berliner Senat auf seiner Klausur am Wochenende beschlossen hat, dass in Zukunft nicht nur Mieterinnen und Mieter, sondern auch die Gruppe der Eigenheimer und Kleingärtner sich den Kauf eines sogenannten Balkonsolarmoduls fördern lassen kann. Das ist nicht nur schön, weil es natürlich auch ein Vorschlag von uns zur Hebung von Solarpotenzial in Berlin ist, der erhört wurde, sondern auch, weil mein Vortrag an der Stelle etwas kürzer werden kann. Es ist auch deshalb besonders wichtig – das möchte ich betonen –, dass dieser teilweise etwas künstlich herbeigeredete Widerspruch zwischen Mietern einerseits und normalverdienenden Eigenheimern andererseits aufgelöst worden ist. Das ist, glaube ich, ein nicht zu unterschätzendes Signal in die Stadt insgesamt hinein.

Meine eigentlichen Ausführungen möchte ich mit einem abgewandelten Satz beginnen, der im alten Rom immer am Ende seiner Reden von Cato dem Älteren gesagt wurde: Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Solarpflicht für bestehende Ein- und Zweifamilienhäuser aufgehoben werden muss. – Das ist ja die Diskussion, die wir vor der Gesetzgebung hatten. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass Anreize viel wirksamer sind als der Zwang, um mehr Solarpaneele auf die Berliner Dächer zu bringen. Gerade auch aus der aktuellen – in den letzten ein, zwei Jahren – Beratungspraxis bei uns kann ich berichten: Beim Neubau sind keine Auflagen nötig. Bauherren greifen schon aus Eigeninteresse oft auf eine nachhaltige Energieerzeugung zurück. Vielleicht kann das Herr Hoffmann ein Stück weit bestätigen, wenn es nachher um die Zahlen des Programms geht. Andersherum gesagt: Es spricht natürlich an dieser Stelle nichts gegen eine Pflicht.

Anders sieht es natürlich im Bestand aus. Menschen, die die notwendige Sanierung ihres Daches oft mühsam zusammengespart haben, werden nun mit hohen Zusatzkosten für eine Solaranlage konfrontiert. Deshalb bleibt aus unserer Sicht – darüber werden wir, denke ich, heute auch noch diskutieren können – gerade im Bestand ein wirksames Förderprogramm das A und O, und damit werden letztendlich auch soziale Fragen beantwortet, denn selbstverständlich können Menschen mit höherem Geldvermögen beispielsweise viel leichter in eine teurere Solaranlage investieren, die sich erst nach längeren Zeiträumen rentiert, als andere.

Wichtig auch noch mal zu betonen ist die Anzahl der Anträge auf Ausnahmen von der Solarpflicht. Das ist nach dem neuen Solargesetz möglich. Da liegen auch die ersten Zahlen vor. Die sagen unseres Erachtens nicht zwingend etwas darüber aus, wie viele Eigentümer aufgrund der Solarpflicht anvisierte Sanierungsarbeiten gar nicht gemacht haben. Dieses alte Argument will ich schon noch mal wiederholen, dass viele sagen: Dann mache ich halt nicht mein Dach. Dann warte ich halt. Ich kann es mir nicht leisten. Die Zeiten sind sowieso sehr anstrengend in vielerlei Hinsicht. – Insofern behindert die Solarpflicht ein Stück weit auch die Dachsanierung.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zur derzeitigen Situation der Menschen sagen, die in ihren Eigenheimen wohnen, und vielleicht auch etwas zu den Investitionskosten von Solaranlagen als Grundlage auch fürs Gespräch. Die Situation der Menschen in ihren Eigenheimen hat sich in den letzten Jahren natürlich, wie bei vielen anderen Menschen auch, stark verändert. Die Hauptunterschrift lautet heute oft Verunsicherung, oft sogar die Sorge vor sozialem Abstieg bis hin zu der Angst, nicht mehr in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben zu können. Das ist, wenn ich das so formuliere, sicherlich die ganz große Keule und trifft nicht auf jeden Eigenheimer zu, ganz klar, aber es sind eben doch sehr viele, wie wir gerade in den Veranstaltungen der letzten Monate erfahren mussten. – Die Stichworte kennen Sie alle. Ein paar sind heute auch schon gefallen: Inflation bei den Baupreisen, aber auch die allgemeine Inflation. Die Grundsteuer macht Sorge. Die könnte sich beispielsweise in Berlin bald deutlich für Eigenheimer erhöhen. Wir haben die Diskussion über die höheren Wassergebühren. Wir haben das Gebäudeenergiegesetz von Herrn Habeck und der Regierungskoalition auf Bundesebene. Wir haben die EU-Gebäuderichtlinie, die gerade in der Anhörung ist. Wir haben auch eine sehr erratische Förderpolitik des Bundes. Darauf könnte ich vielleicht im Frage- und Antwortbereich noch mal eingehen.

Wenn wir uns jetzt nur – in Anführungszeichen – die Energie- und Klimaschutzthemen anschauen, ist meines Erachtens ein Fakt besonders wichtig, der sich in den letzten zwei, drei Jahren ganz grundsätzlich geändert hat. War es auch bei uns in der Beratung bisher immer gut möglich, den Bürgerinnen und Bürgern grundsätzliche, allgemeingültige Ratschläge zum Beispiel für die Installation von neuen Heizungen oder Solartechnik oder wie auch immer zu geben, finden heute selbst die besten Energieberater in einer Veranstaltung mit 100 Teilnehmern keinen entsprechenden Ratschlag, der zumindest für fünf dieser Anwesenden Gültigkeit hat und sinnvoll umsetzbar ist. Auch eine solche Situation durch die Vielzahl der möglichen Energiesparthemen führt ein Stück weit zur Verunsicherung und auch zum Zögern, wenn es um Investitionen in das eigene Heim geht. Eine Investition in Klima und Energie wird oft auch durch solche Dinge verzögert. Mal davon abgesehen, wenn sie dann wissen, was sie tun und lassen können, zu welchem Zeitpunkt sie sich etwas leisten können, was sinnvoll ist für ihr jeweiliges Gebäude, haben sie natürlich die üblichen Probleme, die Sie auch alle kennen: Mangel an Handwerksfirmen, Bauteilen etc.

Ein Wort zu den Investitionskosten für eine Solaranlage für ein Einfamilienhaus: Wir gehen davon aus – das kann sicherlich der eine oder andere hier bestätigen –, dass Sie für eine installierte Solaranlage, also pro installiertes Kilowatt, rund 2 000 Euro benötigen. Das sind sozusagen alle Kosten inklusive Montage. Für die Speicher, die gefördert werden, muss man pro Kilowattstunde, denke ich, 1 000 Euro rechnen. Wenn Sie Haushaltsstrom für ein normales Einfamilienhaus nehmen, da sind wir mit 2 500 Kilowattstunden im Jahr relativ niedrig angekommen, offiziell werden oft 3 500 Kilowattstunden genannt, dann müssten Sie rechnerisch eine 3-Kilowattsolaranlage bauen, also das ist dann wirklich Sommer. Wir haben über Sommer und Winter schon gesprochen. In Wirklichkeit brauchen Sie 8 Kilowatt, ergo brauchen Sie einen relativ großen Speicher. Ich will nur sagen: Eine normale vernünftige Solaranlage für ein Einfamilienhaus, mit Blick auch auf Eigenversorgung, beläuft sich schon auf 25 000 bis 30 000 Euro. Wenn Sie jetzt noch dazurechnen, dass Sie vielleicht ein Elektrofahrzeug haben und Ihr Elektrofahrzeug über die Solaranlage volltanken wollen oder auch eine Wärmepumpe betreiben, sind Sie schnell bei doppelt so hohen Investitionskosten. Nur, dass man noch mal ein Gefühl dafür hat. Das ist jetzt nicht punktgenau. Das sind schon Investitionen, die für den einen oder anderen schwierig zu organisieren sind.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Brückmann! Ich darf Sie bitten, auf die Zeit zu achten.

Jochen Brückmann (VDGN): Ich bin am Ende. – Wir haben natürlich noch einige Vorschläge, um weitere Potenziale für Photovoltaik auf den Berliner Ein- und Zweifamilienhäusern sozialverträglich zu heben. Das eine ist, dass wir glauben, dass wir die Förderung verstärken müssen, insbesondere auch für kleine Anlagen, am Beispiel Thüringen. Wir können uns gut vorstellen, dass die Förderung auf 900 Euro pro Kilowatt zumindest für die ersten 4 Kilowatt erhöht werden kann und dass man dann ab 5 Kilowatt in eine pauschale Förderung kommt, weil man, wenn die Anlagen größer sind, eher davon ausgeht, dass dann auch der Einspeiseanteil größer ist, was vielleicht zu Doppelfinanzierungsfragen führen könnte.

Die zweite Forderung ist die Erweiterung bestehender Systeme. Man hat vielleicht schon eine Solaranlage mit einem Speicher, die noch Platz hat, und will weitere Photovoltaikmodule dazukaufen, dann ist das im Moment nichtförderfähig. Es wäre schön, wenn man das ändert. Berlin hat, wie der Bund auch, keine Förderung für Wallboxen. Nordrhein-Westfalen hat das nach wie vor. Vielleicht könnte man über eine Wallboxförderung nachdenken, vielleicht auch in Kombination mit Solaranlagen.

Das Thema Stecker-PV für Eigenheimer und Kleingärten hat sich positiv erledigt. Vielen Dank noch mal! – Was bleibt mir zu sagen? – Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Solarpflicht für bestehende Ein- und Zweifamilienhäuser aufgehoben werden muss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Brückmann! Jetzt haben Sie alle Zeitvorgaben überschritten. Ich darf die Kollegen bitten, nicht so lange zu reden. Es macht nämlich Sinn, dass wir Fragen stellen können. – Bitte, Herr Hoffmann, Sie haben das Wort!

Stephan Hoffmann (IBB): Herr Vorsitzender! Frau Senatorin! – Vielen Dank für die Einladung! Ich mache es tatsächlich etwas kürzer und nehme mir nachher vielleicht ein bisschen mehr Zeit für die Fragen, die Sie haben werden. – Wir sind ganz froh, dass wir als IBB mit

dem Programm SolarPLUS ein ganz geeignetes Instrument gefunden haben, das ein Nachfolgeprodukt ist, ein Nachfolgeprogramm für EnergiespeicherPLUS, was sukzessive durch intelligente Module erweitert wurde, insbesondere das Modul E, das das Thema Balkonmodule betrifft. Wir sind da recht erfreut. Die Zahlenentwicklung ist immer relativ. Wir sind eigentlich ganz zufrieden. Wir haben insgesamt 6 000 Anträge in dem Produkt insgesamt. Davon entfällt der größte Teil natürlich auf das Thema Speicher und Balkonmodule. Wir haben bei den Balkonmodulen 2023, das Produkt ist erst im Februar gestartet, 2 821 Anträge. Davon sind 1 900 auch schon bewilligt, das heißt, das ist für uns eigentlich ein sehr erfreulicher Start an der Stelle. Es ist in der Vorkalkulation für solche Produkte immer schwierig, genau vorherzusagen: Wie hoch wird die Nachfrage tatsächlich sein? – Wir haben gemeinsam mit der Senatsverwaltung 14 000 Anträge kalkuliert. Da muss man mal schauen, was in den nächsten Wochen und Monaten noch kommt. Wir haben jetzt erst wenige Monate, insofern sind wir ganz optimistisch, dass wir tatsächlich sehr gute Zahlen mit dem Produkt erreichen werden. – So viel vielleicht an der Stelle erst mal!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Hoffmann! – Herr Meyer, bitte!

Markus Meyer (Enpal B. V.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Senatorin! Vielen Dank für die Einladung und dass wir hier als Enpal, als Branchenunternehmen, unseren Beitrag leisten können, um etwas zu dem Thema Solar insgesamt zu sagen! – Am liebsten würde ich jetzt natürlich mit einem Kaltgetränk und Herrn Brückmann über die Dinge, die er gerade vorgebracht hat, bilateral diskutieren. Das waren sehr spannende Punkte, denen ich eigentlich komplett widersprechen möchte.

Vielleicht ganz kurz zu uns als Enpal: Enpal ist ein Solarunternehmen, 2017 in Berlin gegründet, mittlerweile über 4 000 Angestellte. Wir installieren pro Monat auf Einfamilienhäusern etwa 3 000 Anlagen. Der Wunsch und der Bedarf der Kunden ist auf jeden Fall enorm und ungebrochen. Wir installieren die Anlagen innerhalb von sechs Wochen. Was Sie kennen, dass es mehrere Monate dauert, ist sicherlich der Fall, das kann passieren, wir haben aber versucht, unser Unternehmen so aufzustellen, dass wir das relativ in kürzester Zeit realisieren können. Ich glaube, ganz entscheidend ist, und das unterscheidet uns letztendlich auch von vielen anderen, und das entkräftet vielleicht auch ein bisschen das Argument von Herrn Brückmann, dass wir die Energiewende für alle bezahlbar machen. Warum machen wir das? – Weil wir ein Mietmodell haben. Neben dem Mietmodell können bei uns natürlich die Kunden auch kaufen. Das ist gar kein Problem.

Die Preise, die Herr Brückmann genannt hat, kann ich bestätigen. Allerdings reden wir bei der Größe von 25 000 bis 30 000 Euro auch davon, dass wir eine 10-KW-Anlage mit einem 10-Kilowattstunden-Speicher haben. Das ist also größer als die genannten 3 Kilowatt. Entscheidend ist aber, dass wir neben der Solaranlage auch Wärmepumpen aufgenommen haben, weil wir merken, dass die Nachfrage für die Komplettsysteme enorm gewachsen ist. Das Gleiche gilt auch für die Wallbox, weil viele Kundinnen und Kunden bereit sind, am Ende des Tages auf das Gesamtprodukt gehen zu wollen. Das heißt also, es ist nur eine Frage der Zeit, bis dann auch das Elektrofahrzeug angeschafft wird. In Berlin hat Enpal im Übrigen im letzten Jahr etwa einen Marktanteil von 10 Prozent gehabt. Hier gibt es noch viele weitere großartige Solarfirmen, und es gibt auf jeden Fall genügend zu tun, sodass es viele Solarfirmen gibt, die auch erfolgreich arbeiten können.

Wir sind sehr dankbar dafür, dass es in Berlin den Masterplan Solarcity gibt. Mit dem Ziel 25 Prozent bis 2050 hadern wir tatsächlich ein bisschen, weil wir glauben und eigentlich davon überzeugt sind, dass dieses Ziel viel früher erreicht werden muss. – [Bürgermeisterin Franziska Giffey: 35 haben wir!] – 35, Verzeihung! Aber auch dann gehe ich davon aus, dass wir bei dem, was wir erledigen müssen, deutlich schneller agieren sollten als tatsächlich geplant.

Grundsätzlich begrüßen wir auch die Solarpflicht. Warum? – Es hat mehrere Vorteile auch aus strategischer Sicht aus Berlin heraus. Die eben schon zitierte Gebäudeenergie richtlinie wird in Brüssel diskutiert, das heißt, es ist nur eine Frage der Zeit, dass die Mitgliedsstaaten die Solarpflicht erfüllen müssen. Das heißt, Berlin hat hier schon seine Hausaufgaben gemacht, und andere Länder können daran partizipieren. Hier ist eine wunderbare Blaupause auch aus dem Land heraus geschaffen worden. Das ist ein riesengroßer Vorteil. Der weitere Vorteil, den wir gerade sehen, ist, dass man neben der Solarpflicht tatsächlich auch flankierende Maßnahmen geschaffen hat, und die begrüßen wir sehr. Es gibt das SolarPLUS-Förderprogramm und die Beratungsangebote, und dieses Komplettpaket macht eigentlich die Solarpflicht aus unserer Sicht zu einem Erfolgsmodell. Wir sehen auch die Sorge, dass man eine Sanierung et cetera nicht stemmen könnte. Da haben wir nicht so große Sorgen, weil wir aufgrund unseres Produktes mit dem Mietmodell den Kundinnen und Kunden ein lukratives Gesamtangebot machen können.

Wo wir aber tatsächlich noch Nachbesserungsbedarf sehen, ist gar nicht so sehr im Solarpaket. Da ist vieles bundespolitisch geregelt, und da muss man auch mal eine Lanze für die Berliner Landesregierung brechen. Mieterstrom et cetera sind Dinge, die sozusagen vom Bund kommen müssen. Die sind jetzt in der Solarstrategie adressiert. Wir hoffen alle, dass hierbei auch entsprechend gute Dinge im Herbst herauskommen. Was das Land aber an der Stelle machen kann, ist die Musterbauordnung, also die Landesbauordnung. Wir erleben gerade bei Reihenmittelhäusern das Problem, dass man zwischen den Brandwänden, zwischen den Modulen, bestimmte Abstände einhalten muss. In Baden-Württemberg beispielsweise braucht man gar keinen Abstand. In Berlin wird ein halber Meter diskutiert. Wir fragen uns: Brennt es in Berlin häufiger als in Baden-Württemberg? Warum geht man nicht auch in Berlin auf null herunter? Das würde eine Verdoppelung der installierten Kapazitäten bedeuten, wenn man auf null herunter gehen würde. – Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Wir installieren auch Speicher. Was viele nicht wissen, ist, es gibt eine Elektrobauverordnung. Dort ist geregelt, dass ein Speicher ab 20 Kilowattstunden einen eigenen Betriebsraum benötigt. Das ist natürlich auch Käse, weil wir für die Energiewende große Speicher brauchen. Also auch hier die Bitte an Sie, über diese Bauverordnung letztendlich dafür zu sorgen, dass diese Betriebsräume letztendlich nicht notwendig sind.

Letzter Punkt, weil wir auch die Wärmepumpen adressieren: Ich glaube, Sie haben es alle mitbekommen mit den drei Metern. Die Wärmepumpen heute sind so gering lärmbelastend, wenn man das so sagen darf, dass wir mit gutem Gewissen von den drei Metern deutlich Abstand nehmen könnten, um eben weiter herunterzukommen. – So weit erst mal dazu, vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Meyer! – Zum Abschluss, Herr Vagt, bitte!

Henrik Vagt (IHK): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Senatorin! Herr Staatssekretär! Vielen Dank, dass ich die Gelegenheit bekomme, hier auch noch mal die Sicht der Wirtschaft zu schildern! Ich will das gerne überblickshalber tun und dann die Vertiefung in der anschließenden Fragerunde vornehmen. – Insgesamt ist es so, dass die gewerbliche Wirtschaft beim Ausbau der Photovoltaik in Berlin eine große Rolle spielt und auch spielen wird. Ungefähr 38 Prozent der Bauten in Berlin sind gewerblich. Beim Solarpotenzial ist es ein bisschen weniger. Wir reden davon, dass ungefähr ein Drittel des Potenzials in den gewerblichen Gebäuden liegt. Das liegt daran, dass die durchschnittliche Dachfläche im Vergleich zu öffentlichen und auch privaten Gebäuden im Durchschnitt tatsächlich etwas geringer ist. Das wirkt erst mal erstaunlich, weil man sich vielleicht große Lagerhallen vorstellt, aber die Realität in einem, insbesondere in Berlin, eher kleinteiligen Mittelstand ist natürlich so, dass wir auch viele kleine Gewerbegebäude haben wie Kioske und andere kleine Einrichtungen, die vielleicht nicht so große Dachflächen haben.

Das heißt, die Berliner Unternehmen werden beim Ausbau der Photovoltaik einen großen Beitrag leisten müssen. Sie tun das auch bereits, und sie werden es auch in Zukunft tun. Wir haben aktuell eine installierte Leistung der Photovoltaik in Berlin von ungefähr 215 Megawatt. Das ist zu wenig, um die Ziele zu erreichen. Das ist uns allen bewusst. Auch die Zubauraten in Berlin sind nicht so hoch, wie sie eigentlich sein müssten, um die selbst gesteckten Ziele zu erreichen, und das hat unterschiedliche Gründe. Ich will auch gerne gleich etwas zu den Herausforderungen sagen, die insbesondere im gewerblichen Bereich existieren. Grundsätzlich ist es so, dass mit der Photovoltaikstrategie der Bundesregierung, aber auch mit dem Masterplan Solarcity, der bereits Erwähnung gefunden hat, einiges an regulatorischen Hürden beseitigt worden ist, was wir sehr begrüßen, und wo auch schon viele Schritte unternommen worden sind, um die Situation auch für die gewerblichen Nutzer von Photovoltaikanlagen zu erleichtern.

Betriebe haben grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten, Photovoltaikanlagen zu installieren. Was wir in der Wirtschaft erleben, sind Betreibermodelle. Wir sehen Modelle der Voll- und Teileinspeisung ins Netz. Wir haben Direktvermarktungsmodelle. Wir haben Modelle der direkten Stromlieferung, sogenannte On-Site- oder Off-Site-PPAs. Wir erleben Anlagenmiete. Wir erleben Contracting, und es gibt natürlich auch Betriebe, die ihre Dachflächen vermieten und verpachten. Grundsätzlich ist es so, dass die Photovoltaikanlage im gewerblichen Bereich immer dann wirtschaftlicher wird, je mehr ich selber nutzen kann. In den meisten Fällen lohnt sich eine Kombination aus Eigenverbrauch und Einspeisung. Das ist die sogenannte Überschusseinspeisung, dass ich das, was ich nicht selber verbrauchen kann, dann ins Netz einspeise. Grundsätzlich ist es auch so, dass die Wirtschaftlichkeit einer PV-Anlage im gewerblichen Bereich sehr stark davon abhängt, wie mein eigener Strombedarf ist und wie meine Lastkurve verläuft. Das heißt, wenn ich große Verbräuche habe in der Zeit, wo viel Sonne scheint, dann ist es natürlich für den Eigenverbrauch sinnvoller, und umso wirtschaftlicher wird dann auch die Anlage.

Wir haben aktuell immer noch die Situation in der Berliner Wirtschaft, die gerade im Energiepreisbereich sehr angespannt ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass trotz aller Hilfen der Bundesregierung auch für die Betriebe in Deutschland und Berlin die Situation bei den Energiepreisen immer noch sehr angespannt ist. Ich will ein Beispiel geben: Ein durchschnittlicher Mittelständler in Deutschland hatte vor der Energiepreiskrise ungefähr das zweifache Niveau gegenüber einem Wettbewerber aus Frankreich bei den Strompreisen. Mittlerweile ist dieses

Niveau auf das Vierfache angestiegen. Das heißt, die Wettbewerbssituation für deutsche und auch für Berliner Unternehmen, gerade im internationalen Wettbewerb, ist sehr angespannt. Vor diesem Hintergrund lohnt sich natürlich dann auch die Investition in erneuerbare Energien, insbesondere im Bereich der Eigenversorgung. Das haben wir im letzten Jahr auch erlebt. Wir sehen, dass ungefähr ein Fünftel bis ein Sechstel der Unternehmen in Berlin insbesondere in die Investition in Erneuerbare-Energie-Anlagen beziehungsweise andere Formen der Energieerzeugung gegangen ist. Neben Investitionen in Energieeffizienz und Energiesparen haben wir sehr viel erlebt im letzten Jahr, was die Investition in Erneuerbare-Energie-Anlagen angeht.

Hürden gibt es weiterhin eine ganze Menge. Wir werden darauf sicherlich gleich noch in der Fragerunde vertieft eingehen. Wir erleben das im bürokratischen Bereich, im regulatorischen Bereich. Wir haben immer noch eine ganze Menge Weg zu gehen, wenn es darum geht, zum Beispiel Direktstromverträge zu erleichtern, Abgrenzungen vorzunehmen, wenn ich ein gewerblich genutztes Gebäude und verschiedene Mieter in diesem Gebäude habe, die Bilanzkreise zu managen, nicht Stromlieferant zu werden – beziehungsweise die Hürden, die damit bürokratisch einhergehen, wenn ich Stromlieferant werde. Wir haben Probleme, wenn es darum geht, öffentlichen Grund zu überqueren, also wenn meine Erzeugungsanlage vielleicht nicht direkt am Gebäude ist, sondern auf einem Gelände, das neben meinem Betriebsgelände ist. Dann gibt es immer wieder auch Hürden, die die Unternehmen überwinden müssen. Auch im steuerlichen Bereich ist noch einiges zu tun.

Einiges ist angepackt worden. Ich hatte die Photovoltaikstrategie der Bundesregierung erwähnt. Ich habe auch die Punkte aus dem Masterplan Solarcity kurz angesprochen, die auch einige dieser Punkte bereits beinhalteten. Auch da ist einiges zum Positiven passiert, insbesondere was die Zusammenarbeit mit Stromnetz Berlin angeht. Ich würde mich freuen, auf die Punkte im Folgenden dann noch etwas genauer eingehen zu können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch an Sie! – Dann gehen wir in die Runde der Fraktionen und beginnen mit der CDU-Fraktion, dem Kollegen Gräff. – Bitte!

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! – Ich glaube, Herr Meyer, so weit waren wir gar nicht voneinander entfernt, vielleicht nur rhetorisch-verbal, aber ich habe da gar keine Unterschiede gehört. Ich habe gerade mal gecheckt: Wenn ich es allerdings richtig sehe, dann ist, das ist auch logisch, eine Anlage, wenn man die bei Ihnen mietet, doppelt so teuer, als wenn man selbst investiert. Vielleicht können Sie dazu noch zwei Worte sagen. Das sind die Rechnungen, die wir jedenfalls kennen. Insofern ist die Investition kleiner, aber mittelfristig, vielleicht auch schon kurzfristig, rentiert sich dann wahrscheinlich eher eine, auch wenn es eine höhere Investitionssumme ist, eigene Anschaffung.

Vielen Dank noch mal für die Hinweise zum Thema Bauordnung! – Das würden wir auf jeden Fall mitnehmen, weil die Bauordnung demnächst, sogar in den nächsten Wochen, geändert werden soll. Da sind wir total bei Ihnen, weil ich glaube, dass wir in Berlin einfacher denken müssen – das hat oft auch etwas mit Mindset zu tun –, wie wir da eine schnellere Geschwindigkeit hinbekommen. Das dauert vielleicht in Berlin etwas länger, aber manche Dinge sind dann doch regulatorisch. Insofern ist die Berliner Bauordnung ein Thema.

Ein zweites Thema ist das Schneller-Bauen-Gesetz. Das haben wir uns in der Koalition auch vorgenommen. Da müssen wir noch mal gucken: Was muss man nicht nur in der Bauordnung ändern? –, sondern – da haben wir auf jeden Fall die Grünen auf unserer Seite –: Was muss man auch am Naturschutzgesetz und anderen Sachen ändern, damit wir schneller die Erneuerbaren hinbekommen? Da bin ich total gespannt.

Ich habe eine Frage an die Anzuhörenden, vielleicht Herrn Brückmann, wo Sie auch konkrete Beispiele haben. Sie haben das eigentlich beide, sowohl Enpal als auch der VDBG, gesagt: Man bekommt die Anlagen, wenn man Handwerker bekommt, wenn man sich entschieden hat zu investieren oder investieren muss, relativ schnell installiert. Das ist richtig, aber die Frage ist die des Anschlusses, also der Netzkapazität, was Sie damit für Erfahrungen haben, denn davon hängt auch ein Stück weit – ich weiß nicht, wie es bei Enpal beim Mietmodell ist – die Wirtschaftlichkeit der Anlage ab.

Dann habe ich mich ehrlicherweise in einem Punkt gefreut über das, was am Wochenende diskutiert worden ist. Ein entscheidender Punkt fehlt aber natürlich: das Thema Förderung fürs Einfamilienhaus, ob es da möglicherweise noch in den Haushaltsberatungen, die jetzt folgen, das können wir als Parlament machen, die Frage gibt, ob man das noch mal miteinbringt. Dass beispielsweise die Balkonanlage mit drin ist, ist schon mal ein guter Schritt, aber das ist natürlich auch ein sehr wichtiger Schritt, wenn man dieses Gesetz wirklich leben will, dass man hier auch noch mal Anreize schafft oder Möglichkeiten, beispielsweise gerade für ältere Menschen, überhaupt zu einer Dachsanierung zu kommen, dass man da auch finanzielle Unterstützung gibt. Das waren meine Fragen. – Vielen Dank noch mal für Ihre Ausführungen!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege Gräff! – Dann bin ich selber für die SPD-Fraktion dran.

Jörg Stroedter (SPD): Ich will mich auch erst mal bedanken, dass das jetzt gemacht wird, was der VDBG schon eine Weile gefordert hat, nämlich dass die Privaten und auch Kleingärten einbezogen werden. Das sind die Dinge, die wir in Diskussionen schon miteinander besprochen haben. Da würde mich allerdings interessieren, ab wann das gelten wird und wie das dann entsprechend in der Ausstattung ist. Vielleicht kann das von Senatsseite noch mal gesagt werden, denn die Botschaft hören wir natürlich, da teile ich die Aussage des Kollegen Gräff, aber wir wollen das dennoch sozusagen entsprechend unterlegt haben.

Herr Brückmann, an Sie die Frage zum Thema Solargesetz Thüringen. Die Frage geht dann auch an den Senat. Das war eigentlich von meiner Seite aus, Sie erinnern sich an unser damaliges Gespräch, sowieso die Vorlage, sich an Thüringen zu orientieren. Vielleicht können Sie das noch mal begründen, was da aus Ihrer Sicht der Vorteil ist, und vielleicht kann der Senat noch mal sagen, was er da entsprechend übernehmen könnte, denn dass das Solargesetz richtig und wichtig war, das war schon meine Voraussetzung auch in der alten Koalition, und das gilt natürlich weiterhin entsprechend.

Dann eine Frage an die IBB bezogen auf das Förderungsvolumen: Sie haben Zahlen genannt. Die waren schon sehr interessant. Wie viel Luft ist denn da im Augenblick noch drin? Wie sehen Sie denn das Potenzial, wenn eine Förderungserhöhung kommen würde, was da möglich wäre Ihrerseits – abzuarbeitende Anträge – und vielleicht auch von der Senatsseite, was

da geplant ist? Da gibt es jetzt auch dieses Sondervermögen zweimal 5 Milliarden. Inwieweit kann auch das möglicherweise dazu dienen, das entsprechend zu machen?

Bei der Abwägung der Anträge, auch noch mal an die IBB, habe ich jetzt positiv zur Kenntnis genommen, wie viele schon bewilligt worden sind. Es gibt negative Beispiele, das gehört heute nicht hierher, das Thema Heizölhilfe. Da haben die Leute außer einer Eingangsbestätigung noch gar nichts bekommen. Ich habe Sie so verstanden, dass es 1 800, glaube ich, schon bewilligte Anträge sind, das heißt, die werden dann auch entsprechend zur Auszahlung kommen.

Dann würde ich gerne an die IHK die Frage stellen, Herr Vagt: Wir haben vielfach das Problem gehört, dass die Firmen gar nicht hinterherkommen, diese ganzen Aufträge abzuarbeiten, und dass nicht das Geld der Förderung das Problem ist, auch nicht die Antragsteller, sondern es nicht genügend Handwerker und Firmen gibt. Wie ist da Ihre Situation? Was hören Sie von den Firmen? Kann man das beschleunigen? Wird da eingestellt? Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Solar ist in Berlin eigentlich das entscheidende Thema im Energiebereich. Anders als in anderen Bundesländern, wo Wind eine große Rolle spielt, ist es mit Wind hier bei uns etwas komplizierter – aus bekannten Gründen.

Dann habe ich eine Frage sowohl an den VDBG als auch an den Senat bezogen auf die Bauordnung. Herr Gräff hat das zu Recht schon angesprochen. Da ist immer die Frage mit den Abstandsflächen. Mir ist mehrfach gesagt worden, dass das bei vielen Objekten nicht geht, weil die Abstandsflächen, so wie sie jetzt sind, bei Reihenhäusern nach der jetzigen Bauordnung nicht ausreichen. Können Sie das Ihrerseits noch mal bestätigen, Herr Brückmann? Dann wäre die Frage an den Senat, inwieweit man das jetzt in dem Vorschlag, der zur Änderung der Bauordnung kommt, so ändern kann, dass auch jeder Reihenhauskunde sozusagen die Möglichkeit hat, sich eine entsprechende Anlage so zu installieren, dass es sich lohnt. Es bringt ja nichts, wenn der Abstand so groß, dass das, was übrigbleibt, schlichtweg nicht ausreicht.

Der letzte Punkt ist, weil Herr Brückmann hier noch mal kritisch angemerkt hat, dass die Privaten dieser Pflicht ausgesetzt werden. Ich sehe das natürlich anders als Sie. Ich finde es richtig. Übrigens, wie viel läuft, zeigt eigentlich, wie richtig dieses Gesetz war und ist. Trotzdem müssen aber auch die Landesbeteiligungen da etwas machen. Ich bin zusammen mit dem Kollegen Dietmann im Beteiligungsausschuss, und wir stellen immer die Fragen an unsere Landesunternehmen, und da bekommt man manchmal die Antwort: Wir machen schon das und das. – Und manchmal bekommt man die Antwort: Wir haben uns überhaupt noch nicht damit beschäftigt. – Das ist auch ein Punkt, wo vielleicht noch mal von Senatsseite nachgefragt werden muss, wie man das auf eine breite Spur bekommt. Ich finde, man kann den Privaten das nicht vorschreiben, wenn das Land Berlin selber nicht nachkommt, und man hat auch gar nicht die Möglichkeit, das so auszubauen, wenn das Land Berlin da nicht entsprechend auf breiter Form, und da spielen unsere Landesbeteiligungen mit, mitzieht. Das wäre auch noch mal ein Punkt meinerseits.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann gehe ich wieder in die Rolle des Ausschussvorsitzenden, und es kommt für Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Dr. Taschner.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von mir an die Anzuhörenden, dass Sie heute gekommen sind, um mit uns dieses wichtige Thema Solarausbau in Berlin zu diskutieren! Ich glaube, fast alle Fraktionen hier in dem Raum sind sich einig: Wir müssen da etwas machen. Wir müssen leisten. Wir müssen schneller vorankommen. Wir unterscheiden uns sicherlich durchaus erheblich in der Art und Weise, welche Vorstellungen wir haben, wie wir das erreichen können, aber fest steht: Wir müssen unseren Beitrag leisten und können nicht unsere ganze Erneuerbare-Energie-Produktion auf Nachbarbundesländer wie Brandenburg auslagern. Insofern ist es schön, dass wir heute darüber reden. Schön, dass so viel Expertise heute hier sitzt, die ich natürlich auch mit Fragen gerne noch mal nutzen möchte!

Ich fange mal mit Herrn Hoffmann an. Förderung ist ein wichtiger Punkt, und wir hatten in den letzten Jahren immer dieses Problem der Doppelförderung. Wir wissen, es gibt das thüringische Förderprogramm, wo man Solaranlagen direkt fördern kann, was eigentlich mit dem Bundesrecht, zumindest nach gängiger Auffassung, nicht kompatibel ist, weil es schon bundesgefördert ist. Vielleicht können Sie das noch mal klarstellen. Ist das wirklich so? – Auch viele Kommunen können direkt Solaranlagen fördern. Auch da ist unserer Ansicht nach die Ausnahme, dass der Bund für Bund und Land regelt, aber eben nicht für Kommunen und die Kommune deswegen in eine Gesetzeslücke reinrutscht und deswegen die Förderung macht. Vielleicht können Sie das heute hier einmal klarstellen, damit wir das vielleicht auch mal hier im Ausschuss geklärt haben: Was kann ich überhaupt fördern? Bisher machen wir sehr viel an Förderung außen herum, begleitend zum Bund. Das ist ja auch sehr schön. Herr Hoffmann, da die Frage: Haben Sie eine Abschätzung, durch die Bund- und Landesförderung, alles, was wir hier schon auf den Weg gebracht haben, auch als Rot-Grün-Rot in den letzten Jahren, um wie viel sich die Investitionskosten für eine solche Solaranlage vermindern? Wie viel schießen wir eigentlich schon staatlicherseits dazu? Das fände ich auch ganz spannend, eine Antwort darauf zu bekommen.

Herr Meyer, vielen Dank! Das System Enpal ist sozusagen ein Rundum-sorglos-Paket, wie ich es verstehe. Sie arbeiten auch mit eigenen Handwerkern in der Richtung. Ist das ein Modell, wo man sagen kann: Wir schauen, dass wir uns als Solarfirma breiter aufstellen und gleich Handwerker direkt mit an der Hand haben, um letztendlich dieses Problem: Ich würde gerne, habe aber den einen, der hat die Solaranlage, der hat die Handwerker nicht – – Wie passt das zusammen? Spannend ist diese Enpal-Akademie, die Sie haben. Sie bilden aus. Das finde ich eine schöne Geschichte. Aber gerade der Arbeitskräftemangel ist eine Sache. Wie viele Fachkräfte brauche ich letztendlich für so eine Solaranlage? Wie viel ist wirklich Montage und Learning by Doing? Wie viel ist wirklich Elektrikerarbeit? – mal ganz verkürzt gesagt. Vielleicht könnten Sie auch dazu etwas sagen. Was kann ich eigentlich sparen mit einer solchen Solaranlage? Wir wissen, die Strompreise sind enorm gestiegen. Wie schnell amortisiert sich so etwas? Wie hat sich das in den letzten Monaten verändert?

Das ist eine Frage, Herr Brückmann, auch an Sie. Sie haben von Anreizen gesprochen. Anreize haben wir durch Förderprogramme schon gesetzt. Wie sehen Sie das in Ihren Gesprächen, den Anreiz über die gestiegenen Strompreise? Da müssten doch eigentlich auch Ihre Mitgliedern sagen: Hey, da denke ich doch noch mal nach, weil es schon ein Unterschied ist, ob ich einen Strompreis habe, der unter 30 Cent liegt, oder jetzt gerade im gedeckelten Bereich bei über 40 Cent. – Das mag die Sache noch mal verschieben. – Dann haben Sie noch in einer Ausführung gesagt, so ähnlich wie ich es auch schon von der Klimaschutzsenatorin, Frau Schreiner, gehört hatte, die sagt: Dachsanierungen bleiben aus, weil Solarpflicht. – Da fragen wir uns schon, ob seitens der immensen Baukostensteigerungen, die wir hatten, Fachkräftemangel, Baustoffmangel, es nicht eher der Grund ist, warum möglicherweise Dachsanierungen ausbleiben und ob es nicht eigentlich viel mehr Sinn macht, wenn ich sowieso schon das Gerüst am Haus stehen habe, dass ich dann gleich die Solaranlage draufpacke, denn dann spare ich mir doch das Geld. – Da bin ich mir nicht ganz sicher, wie schlüssig die Argumentation der Klimaschutzsenatorin ist. Vielleicht können Sie da mal eine Einschätzung geben.

Herr Vagt, von Ihnen würden mich interessieren: Hürden abbauen, haben Sie gesagt – ein paar haben wir jetzt schon benannt –, mit der Bauordnung. Darauf komme ich auch gleich noch mal. Regulierung ist auch Bundesgesetz. Vieles ist auch durch Robert Habeck in den

letzten eineinhalb Jahren sehr stark beschleunigt worden. Die Einspeisung rentiert sich wieder. Wo haben wir denn jenseits der Bauordnung noch Landeshürden, die wir abbauen können?

Dann komme ich zum Senat, genau zu dieser Bauordnung. Das finden wir natürlich auch wichtig und spannend. Herr Gräff! Ich kann Ihre Zuversicht durchaus teilen. Vor zwei Jahren war die Bauordnung schon mal hier in der Koalition, und man hat sich unter den Fachpolitikern geeinigt, es ist trotzdem nicht verabschiedet worden. Es kann vielleicht doch ein bisschen länger dauern. Natürlich möchten wir uns aber auch dafür einsetzen, dass die Abstände für PV-Anlagen endlich so angepasst werden, wie es andere Bundesländer auch machen, um das Potenzial zu nutzen. Auch bei den Wärmepumpen muss man sich den neuen Technologien durchaus anschließen. Deswegen noch mal der Appell von unserer Seite: Bitte sorgen Sie dafür, dass das in die Bauordnung aufgenommen wird und auch, dass sonstige Sachen in Richtung Klimaschutz nicht rausgeschmissen werden!

Dann hatte sich die Klimaschutzsenatorin auch zur Solarpflicht geäußert, die sie im Bestand, laut ihrer eigenen Pressemitteilung, am liebsten abschaffen würde. Da würde mich von Frau Senatorin interessieren: Sie haben durch Ihre Sprecherin schon verlautbaren lassen, dass Sie das nicht so sehen. Es wäre aber schön, das noch mal von Ihnen zu hören, dass Sie im Moment nicht planen, das Solargesetz und die Solarpflicht im Bestand aufzulösen.

Zum Thema Lauben-PV und Balkon-PV: Tolles Thema, finde ich gut. Lauben-PV wollten wir auch schon immer gerne machen. Das ist aber nicht ganz so einfach. Wir haben das vor zwei, drei Jahren auch schon mal versucht zu recherchieren und voranzubringen. Zum Beispiel auf den landeseigenen Flächen, wo Kleingärten sind, muss ich, wenn ich eine PV-Anlage will, das erst bei meinem Kleingartenverein anmelden. Der braucht dann die Zustimmung vom zuständigen Bezirksverband der Gartenfreunde, und dann muss das Bezirksamt auch noch zustimmen, und das Ganze darf nicht ins Netz einspeisen, auch wenn der Stromanschluss schon da ist, was bei drei Viertel der Lauben bei uns in Berlin schon der Fall ist. Da würde mich interessieren, ob Sie an diese Sache noch mal rangehen, sozusagen nicht nur: Wir fördern –, sondern auch zu schauen, dass die Förderung ankommt und wir möglichst auch diese Flächen nutzen können. Ähnlich ist es bei der Balkon-PV. Ich hatte mit einer Anfrage schon nachgefragt. Die Liste der Sachen, die Mieterinnen und Mieter da ranschaffen müssen, ist enorm. Vielleicht hätten wir da noch einen besseren Abschluss bei der Balkon-PV, wenn wir da nicht so viel den Bürgerinnen und Bürgern zumuten. Ich bekomme sehr viele Mails von frustrierten Leuten, die das gerne machen würden, aber letztendlich abwinken, nachdem sie hören, was alles zu machen ist.

Letzter Punkt: Sondervermögen. – Sie haben es vorhin in der Antwort auf die Frage der SPD kurz angesprochen. Da wollen Sie natürlich auch mehr Klimaschutz machen. Ich erwarte, dass wir da auch noch mehr für den Solarausbau machen. Vielleicht können Sie da auch mal konkreter werden. Es wäre irgendwann mal schön, wenn wir zu diesem Sondervermögen irgendetwas Konkretes hier hören würden, anstatt: Kommt schon mal irgendwann.

Und wirklich allerletzter Punkt: Ausbau SolarZentrum. – Herr Brückmann hat es gesagt. Es gibt offensichtlich Beratungsbedarf, und es ist schön, dass Sie als VDBG das machen. Ich hoffe, Sie machen das auch pro Solar. Ich will Ihnen da auch gar nichts anderes unterstellen. Wir wissen aber, diesen Beratungsbedarf müssen wir auch als Land über das SolarZentrum

abfedern. Dazu haben wir das SolarZentrum vor fünf Jahren gegründet. Es ist jetzt umgezogen. Gibt es Pläne, vielleicht auch aus dem Sondervermögen, dieses SolarZentrum noch mal massiv auszubauen, damit wir schauen, dass auch Fördergelder bei den Leuten ankommen, und die, die entsprechende Unterstützung bekommen, weil, Herr Brückmann hat es gesagt, bei 100 Leuten 100 spezielle Einzelfälle – – Deswegen braucht man da eigentlich fast 100 Leute für die Einzelberatung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann haben wir für die AfD-Fraktion den Kollegen Hansel.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für die doch spannenden Beiträge! – Ich habe eine Frage an Herrn Brückmann. Die Solarpflicht haben wir auch schon immer abgelehnt, dabei bleiben wir auch, und die Argumente, die Sie gebracht haben, dass es im Grunde auch ein Investitionshemmnis sein kann für viele, wenn diese Klimakomponente Solar draufkommt bei den Eigenheimern, sehen wir auch so. Das sieht wohl auch Senatorin Schreiner so, insofern interessiert mich die Beantwortung der Frage durch die Senatorin Giffey, was Herr Dr. Taschner gefragt hat. Das finde ich schon ganz interessant, welche Differenzen es da gibt zwischen dem neuen Senat. – [Zuruf von Christian Gräff (CDU)] – Sie haben ja sowieso offenbar keine Fragen und nichts beizutragen, Herr Gräff! Das ist auch ein interessantes Phänomen.

Dann zu Herrn Meyer: Ich habe das so verstanden, und da bitte ich Sie noch mal, das genau zu erklären: Was machen Sie genau? – Ich habe verstanden, Sie machen pro Monat 3 000 Anlagen – bis zu sechs Wochen. Wie machen Sie das? Was machen Sie genau? Haben Sie die Handwerker dazu? Ich höre immer, Fachkräftemangel, geht gar nicht – dass Sie genau dazu Stellung nehmen. Zur Transparenz fand ich ganz interessant: Sie sind eine holländische B. V., 100 Millionen Euro, gesponsert von BlackRock, auch okay, auch ein großer Finanzinvestor in die Energiewende. Der Staat macht die Vorgaben. Sie sind praktisch privater Dienstleister für die Energiewende, finanziert von BlackRock, wenn man das so sagen kann. Das brauche ich nicht weiter zu bewerten, aber das gehört zur Transparenz dazu. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann habe ich für Die Linke den Kollegen Scheel. – Bitte!

Sebastian Scheel (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Einen herzlichen Dank auch an die Sachverständigen, die hier die Anhörung bereichern, auch vonseiten der Linksfraktion! Ich versuche jetzt, Redundanzen zu vermeiden. Deswegen werde ich nicht die Fragen, die schon da waren, noch mal aufnehmen. Eine Frage wäre aber für mich schon ganz relevant, und die geht natürlich an Herrn Brückmann. Wir haben eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die besteht darin, vor allen Dingen die selbstgesteckten Ziele und den Anteil an Photovoltaik im Land Berlin massiv auszubauen. Sie haben es vorhin mit Komplexität der Regularien beschrieben. Wie können wir denn die Regularien so eindampfen und reduzieren, dass Sie der Auffassung sind, dass Ihre Mitglieder dann in Scharen zu uns strömen werden, um diesen individuellen Beitrag für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe dann auch zu erfüllen? Das würde mich interessieren. – Dann sprachen Sie auch davon, dass die Kosten einen Konflikt darstellen, dass die Förderung also verstärkt werden muss. Sie haben da auch Beispiele genannt. Das geht dann auch in Richtung IBB. Wie ist denn die Abnahme bisher? Sind die Eigenanteile zu hoch aus Ihrer Sicht? Also wer kommt eigentlich zu Ihnen? Sind das die Leute,

die sowieso schon Geld haben, oder die, die es eigentlich am nötigsten brauchten, zum Beispiel eine Balkonsolaranlage zu installieren? Scheitern die an dem Anteil?

Eine Frage an die IBB: Ich habe es, glaube ich, richtig verstanden, dass Sie gesagt hatten, Sie hatten mit 14 000 Anträgen geplant. Nun sind bis Mitte dieses Jahres – das ist ein neues Programm, das ist mir alles bewusst – 1 900 da. – [Stephan Hoffmann (IBB): Bewilligung, Anträge 2 900!] – Dann habe ich Ihre Liste, die wir heute bekommen habe, falsch gelesen, oder die ging nur bis Mai. Wahrscheinlich kommt der Juni jetzt noch mit dazu. Wir haben eine Liste hier, da steht: 1 900 Anträge gesamt 2023, aber dann sind erfreulicherweise noch ein paar dazu gekommen. Nichtsdestotrotz fehlt bei 1,5 Millionen Mieterhaushalten in Berlin da noch ein ganzes Stück. Ich hätte gedacht, das Programm ist überbucht. Nun ist das aber offensichtlich nicht der Fall. Es kann ja sein, dass das einer der Gründe ist, warum die Koalition jetzt noch versucht, den Empfängerkreis zu verbreitern, weil die eigentlich Bedürftigen schon gar nicht zu Ihnen kommen. Woran liegt das? Wo sind sozusagen die Hürden, die das Programm so unattraktiv machen, dass im Moment eben nicht Scharen von Menschen zu Ihnen kommen, um diese 10, 20 Prozent Strompreisdeckel abzufordern? Das würde mich, falls Sie da eine Auffassung haben, sehr interessieren. – Zu den Fragen von Regularien und Abstand soll mit der neuen Bauordnung etwas passieren. Wir sind auch sehr gespannt. Die alte ist in der Tat etwas versackt in den Mühen der Ebene.

An Herrn Meyer die Frage: Ich habe bei Ihnen entnommen, Sie bieten Miete oder Kauf an. Das eine hat etwas für sich, wenn man nicht genug Kapital zur Verfügung hat. Gibt es auch so etwas wie einen Mietkauf, dass, wenn ich schon das ganze Kapital nicht zur Verfügung habe, am Ende des Tages vielleicht die Anlage irgendwann mir gehört und ich noch stärker daran partizipieren kann? Ab welcher Größe oder welchen Gestehungskosten – die Gestehungskosten sind abhängig von der Größe der Anlage – gibt es diesen Turn-around-Effekt, den Herr Dr. Taschner vorhin schon angesprochen hat, wo es sich für mich dann auch finanziell lohnt, meinen Beitrag dort zu leisten? Das würde mich sehr interessieren.

Ich nehme jetzt mal Herrn Vagt auf, was die Zubauraten angeht, und kombiniere das mit einer Frage an die Senatsverwaltung. Wir haben das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz, und die öffentliche Hand soll mit Vorbildrolle vorangehen oder zumindest hervorstechen. In § 19 ist davon die Rede, dass auf Dächern öffentlicher Gebäude, also auf allen Dächern, bis zum 31. Dezember 2024 Solaranlagen auf den gesamten technisch nutzbaren Dachflächen zu errichten sind. Da würde mich natürlich der Stand interessieren. Mit BIM und Bezirken haben wir ein Screening, wissen überhaupt, wo das relevant sinnvoll stattfinden kann. Wie viel Fläche wäre das? Wie weit sind wir denn, diese Anlagen dann auch mit welchen Partnern zu bauen? 2024 ist schon nächstes Jahr. Es wäre gut, wenn wir da natürlich schon wesentliche Schritte vorangekommen wären. – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir in die Beantwortungsrunde. Ich bitte auch da wieder, sich möglichst präzise und kurz zu fassen. – Herr Brückmann, bitte!

Jochen Brückmann (VDGN): Gleiche Reihenfolge, hat man auch nicht immer. Ich muss mich ranhalten. Das eine ist, Herr Gräff, dieses Thema, das Sie – – Also Enpal, klar, da weigere ich mich ein bisschen zu akzeptieren, dass Menschen, die jetzt keine Investitionssummen haben, also nicht so viel Einkommen haben, am Ende mit einer Laufzeit von 20, 25 Jahren

das Doppelte bezahlen. Wir haben selber als VDBG immer gesagt: Wir finden es gut, dass in diesem Gesetz auch diese Mietmodelle Berücksichtigung finden. Man muss das im Einzelfall sehr genau anschauen: Wo ist dieses eine Modell sinnvoll, und wo ist das andere Modell sinnvoll? Das hängt immer sehr stark von der jeweiligen Geschichte vor Ort ab.

Dann das Thema Anschluss, Genehmigung, Stromnetz Berlin: Da hätte ich einen konkreten Verbesserungsvorschlag. Leider ist es so, dass in Berlin die Wartezeiten relativ lang sind, wenn es darum geht, eine Solaranlage anzuschließen. Andere Bundesländer sind da besser. Ein Punkt beispielsweise ist, wenn Sie als Stromnetz Berlin von der einen Straßenseite auf die andere Straßenseite müssen, um diese Solaranlage anzuschließen, dann sind Sie mit den Bezirken konfrontiert. Dann brauchen Sie eine Genehmigung aus den Bezirken, weil das eben öffentliches Straßenland betrifft. Ich glaube, gerade bei den Solaranlagen in der Größenordnung, wie dort Strom erzeugt und ins Netz eingespeist wird, kann man da etwas vereinfachen. Das hören wir auch so ein bisschen vom Stromnetz Berlin. Es wäre vielleicht gut, wenn man das ändern könnte. Das würde natürlich zur Akzeptanz beitragen, wenn man dann schon seine Solaranlage teuer bezahlt hat, dass man relativ schnell einspeisen kann und die Amortisation dieser Anlage relativ schnell beginnt.

Herr Stroedter – Abstand Fassaden: Ja, nicht nur bei Reihenhäusern, sondern insbesondere in Berlin haben wir auch viele Siedlungsgebiete, wo die Einfamilienhäuser relativ nah beieinanderstehen. Man hat dann sozusagen den Mindestabstand zwischen zwei Gebäuden auch für Durchfahrten, und dann ist es beispielsweise so, wenn die Fassadenphotovoltaik in diesen Raum hineinreicht, dann urteilen die Gerichte da sehr streng, und man hat sozusagen als Nachbar die Möglichkeit, diese Photovoltaikanlage an der Fassade des anderen Nachbarn zu verhindern, weil da 5 Zentimeter in diesen Mindestabstand hineingereicht wird. Da könnte und sollte man etwas an der Bauordnung und vielleicht auch am Baugesetzbuch, das wäre dann die Initiative des Landes Berlin, aber wenn es möglich ist, etwas ändern.

Herr Taschner! Das war natürlich eine rhetorische Frage, ob wir hier neutral beraten. Wir machen das seit zehn Jahren. Ich hatte eingangs gesagt, dass wir früher die Beratung sehr einfach hatten: Mach mal aus deiner Ölheizung einen Gasbrennwertkessel! – Die Welt ist jetzt eine andere. Es gibt viele gute Technologien. Wir selber sind Fan von Solar auch oder gerade auf Einfamilienhäusern. Wir sind da produktunabhängig, und wir arbeiten übrigens sehr eng mit dem SolarZentrum Berlin zusammen. Die machen selber einmal im Monat für uns eine Vor-Ort-Beratung in den Siedlungsgebieten selbst und nicht in ihrer neuen Zentrale in der Mitte der Stadt.

Jetzt zum thüringischen Modell: Herr Stroedter! Herr Taschner! Im Moment ist es in Berlin so: Die letzte Novellierung auch von SolarPLUS haben wir sehr begrüßt. Es gibt viele positive Dinge, Denkmalschutz, Sie können sich den Steuerberater finanzieren lassen, die Haushaltselektrik ist drin. Die letzte Novellierung dieses Förderprogramms war schon sehr positiv aus unserer Sicht. Aber der Knackpunkt bleibt: Im Moment liegt die Kernförderung in Berlin bei 300 Euro pro Kilowattstunde Speicher, und das ist bei den Investitionskosten, die ich vorhin beschrieben habe, nicht unbedingt so viel. Wir reden insbesondere von den Menschen, die sozusagen nicht sofort das Geld haben und in 20 Jahren ihre Photovoltaikanlage rentierbar machen, sondern wir reden vielleicht über diejenigen, die nicht so viel Sprungmasse haben. Thüringen hat dieses Modell geliefert und hat, und das ist auch verfassungskonform, was in Thüringen gemacht wird, ein Förderprogramm, das sofort ausgebucht war. Da liegt es eher an

der Höhe des Topfes als an der Thematik: Wie fördere ich? – Thüringen hat die gesamte Photovoltaikanlage gefördert, Paneele plus Speicher. Paneele werden immer preiswerter, Speicher werden immer größer. Man muss also eigentlich immer größere Speicher machen, um sinnvoll zu investieren. Sie haben selber gesagt, 10 Kilowattstunden braucht man mit Auto und Wärmepumpe. Um die Doppelförderung zu vermeiden, die es dadurch gibt, dass man einspeisen kann, gab es eine Stufe. Man hat gesagt, für die ersten 4 Kilowatt wird dann stärker gefördert mit 900 Euro, also für kleinere Anlagen, und wenn es über eine bestimmte Größenordnung hinausgeht, hat Thüringen dort, die Finanzministerin, als sie da noch Finanzministerin war, das sehr gut umgesetzt und gesagt: Da wird dann sozusagen gedeckelt. – Also je größer die Anlagen sind, umso höher ist die Einspeisevergütung, umso größer ist dieses Problem der Doppelförderung. Ich kann nur noch mal sagen, es wäre schön, wenn man sich das noch mal anschaut. Da hat das sehr gut funktioniert. Herr Taschner! Habe ich bei Ihnen eine Frage vergessen? – Die 300 Euro, Baunutzung, Abstandsflächen. Ich glaube, wir sind dort fein.

Herr Hansel! Warum wir die Solarpflicht ablehnen, hat insbesondere den Grund, dass wir glauben, dass die Leute, die jetzt eine Solaranlage bauen, dank solcher Unternehmen wie Enpal oder anderer Unternehmen, in erster Linie erst mal auf die Menschen treffen, die sowieso eine Solaranlage gebaut hätten. Ich weiß nicht, ob Sie da Zahlen haben, welche Fördertatbestände, Herr Hoffmann, bei Ihnen dadurch zustande gekommen sind, weil einer sein Dach saniert hat und eine Solaranlage bauen musste oder weil er sowieso eine Solaranlage baut, was wir immer unterstützt haben. Das ist auch sehr sinnvoll in vielen Fällen. Uns geht es gerade um die Menschen, bei denen sich, weil sie sich nicht informiert fühlen oder eine Scheu davor haben, ihre Investition verzögert, unabhängig davon, dass man sowieso sehr stark überlegen muss als Eigenheimer: Was mache ich denn jetzt eigentlich? Wenn ich eine Wärmepumpe installieren soll, dann funktioniert das in einem gedämmten Haus viel besser, also überlege ich vielleicht auch, andere Investitionen vor der Solaranlage zu machen. Das ist jetzt so ein bisschen in die Zukunft geguckt, aber das sind so die Fragen, die wir uns anschauen.

Herr Taschner! Das, was wir vorschlagen, um diese – oder auch Herr Scheel, wie haben Sie so schön gesagt – gesamtgesellschaftliche Verantwortung stärker in den Blick zu nehmen – Ich glaube, die Lösung liegt darin, den Menschen dabei zu helfen, die richtige Entscheidung für sich zu fällen. Unser Stichwort ist der Sanierungsfahrplan. Frau Senatorin! Vielleicht ist das auch etwas für den Klimafonds. Das wäre sehr gut. Dafür muss man Menschen ausbilden, so wie es Enpal mit den Handwerkern macht, dass man sagt: Ich gebe dem Einzelnen auch die Möglichkeit, gerade die, die vielleicht nicht so gut vernetzt sind oder vielleicht auch älter sind, eine Entscheidung zu fällen: Welche Investition treffe ich zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Förderprogramm? Ich glaube, das wäre wirklich etwas, womit wir stark nach vorne kommen können.

Der Förderanteil, wie gesagt, liegt bei 30 Prozent, weil Sie das auch gefragt haben, vom Speicher plus Hauselektrik und so weiter. Insgesamt weiß ich nicht. Vielleicht, Herr Hoffmann, wissen Sie es genauer. Ich würde sagen, er liegt bei 40 Prozent. So weit die Fragen, die ich mir notiert haben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Brückmann! – Dann, Herr Hoffmann, bitte zur Beantwortung!

Stephan Hoffmann (IBB): Vielen Dank erst mal! – Es waren sehr viele, sehr interessante und auch recht unterschiedliche und sehr weit gehende Fragen, aber ich versuche, es einfach mal alles abzuarbeiten. Ich fange mit Herrn Stroedter an. Die Frage war: Wie viel Luft ist noch vorhanden? – Wir haben in diesem Programm mit der Senatsverwaltung ein Gesamtvolumen von 24,8 Millionen Euro für alle fünf Module abgestimmt. Wir haben natürlich auch eine interne Verteilung vorgenommen. Die ist aber nicht dogmatisch. Die ist auch nicht so hart feststehend, sondern die atmet, je nachdem, wie sich das in den einzelnen Modulen entwickelt. Von diesen 24,8 Millionen Euro sind 7,9 Millionen in Form von Anträgen eingeflossen, und wir haben 3,2 Millionen Euro, die im Augenblick bewilligt wurden an der Stelle, das heißt, wir haben finanziell noch Luft. – Was die Kapazitäten angeht: Wir haben uns bei der Bearbeitung des Programms insgesamt einerseits intern bei der IBB Business Team GmbH so aufgestellt, dass wir in der Lage sind, bis zu einer bestimmten Stückzahl das komplett intern zu machen. Wir haben darüber hinaus einen externen Dienstleister, mit dem wir auch schon während Corona zusammengearbeitet haben, so eingebunden, dass wir jederzeit die Kapazität so weit aufstocken können, dass es nicht zu Rückständen oder irgendwelchen längeren Wartezeiten kommt.

Zur Frage zum Modul E: 2 800 Anträge, 1 900 Bewilligungen an der Stelle. Das ist der aktuelle Stand von letzter Woche. Bei den Balkonmodulen, die Frage hinsichtlich der Auszahlung: Das ist insofern immer ein ganz wichtiger Punkt. Die Auszahlung erfolgt hier in dem Förderprogramm immer in dem Moment, wenn die Verwendungsnachweisprüfung abgeschlossen ist. Das heißt, das muss natürlich erst mal dann auch installiert sein. Dann sind wir wieder ein Stück weit bei den Handwerkern, das heißt, es ist jetzt ein Stück weit weniger ein Problem oder eine Herausforderung für die IBB. Wir könnten jederzeit natürlich auch auszahlen, gar keine Frage. Die Mittel stehen zur Verfügung. Die Herausforderung besteht eher darin, dass es tatsächlich installiert und damit sozusagen auszahlungsreif wird. Das ist eigentlich die größte Herausforderung.

Herr Dr. Taschner! Sie hatten das Thema Doppelförderung angesprochen. – Das Thema Doppelförderung ist natürlich grundsätzlich bei allen Förderprogrammen immer eine der größten Herausforderungen, und es stellt sich die Frage: Gibt es irgendeine Art von Komplementärförderung? Ist es eine subsidiäre Förderung, über die wir hier reden? Es gilt grundsätzlich natürlich immer der Vorrang einer gewissen Bundesförderung oder sogar EU-Förderung. Natürlich sind die Kommunen und auch die Bundesländer gezwungen, mit ihren eigenen Haushaltsmitteln vorsichtig umzugehen, damit hier nicht noch eine zusätzliche Förderung in der Form stattfindet. Die zusätzliche Förderung findet erfahrungsgemäß immer dann statt, wenn es Förderlücken gibt, also wenn es tatsächlich Elemente gibt, die noch zusätzlich gefördert werden sollen, also zusätzlicher Bedarf irgendwo vorhanden ist, und das ist natürlich in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Die Voraussetzungen in den einzelnen Bundesländern sind sehr unterschiedlich. Wir als IBB versuchen, das Gesamtthema, was die PV-Anlagen oder überhaupt regenerative Energien angeht, über unsere volkswirtschaftliche Abteilung statistisch zu erfassen. Wir tun das jetzt aber nicht als Sachbearbeitungseinheiten, oder die IBB Business Team als ausführende Einheit versucht jetzt nicht, bundesweit zu ermitteln: Was fallen da für Zahlen an? Wie sieht die Bundesförderung aus? Was fallen dort für Stückzahlen an? –, sondern man muss immer wissen, wenn man sich ein solches Programm anschaut wie SolarPLUS mit den unterschiedlichen Modulen, dann kann man sehr viele verschiedene statistische Fragen stellen. Die müssten wir dann auch erheben, das heißt, wir müssen die dann natürlich einzeln von jedem Fördernehmer abfragen. Das erhöht genau die Büro-

kratie, die wir eigentlich nicht wollen, die auch der Fördernehmer gerade nicht will, dass er von uns noch zusätzlich mit einem Fragenkatalog beschäftigt wird, und es erhöht vor allen Dingen natürlich den Aufwand. Der Aufwand steht dann irgendwann hinsichtlich der Bearbeitungskosten eigentlich in keinem Verhältnis mehr zur eigentlichen Fördersumme. Deshalb versuchen wir dort, sehr schlank vorzugehen und nicht überbordend viele statistische Auswertungen noch zusätzlich – Es tut mir leid an der Stelle, dass ich Ihnen da gar nicht weiterhelfen kann, aber wir kommen auf das eine oder andere Thema, glaube ich, noch zu sprechen.

Herr Scheel! Sie hatten einerseits die Frage hinsichtlich der Antrags- und Belegungszahlen, andererseits die Frage: Erreichen wir tatsächlich diejenigen, die bedürftig sind? – Das können wir jetzt so als Unternehmen oder auch als IBB Business Team GmbH gar nicht beantworten. Das wissen wir schlichtweg nicht. – [Zuruf von Sebastian Scheel (LINKE)] – Ja, das wissen wir eben nicht. Sind diejenigen, die zu uns kommen, jetzt wirklich Bedürftige, denn die liefern uns keinen Nachweis, was sie verdienen, ob sie Sozialhilfeempfänger sind oder Ähnliches. Das wissen wir schlichtweg gar nicht, sondern wir prüfen die Antragsvoraussetzungen bezogen auf das Modul. Wir prüfen jetzt nicht: Ist das jemand, dem es besonders schlecht geht? Das ist gar nicht Gegenstand unserer Betrachtung an der Stelle. Insofern kann ich es tatsächlich nicht beantworten. Wichtig ist aber auch hier noch mal: Wenn man sich den Gesamtbestand anschaut, und da bin ich durchaus bei Ihnen, müsste man das Gefühl bekommen: Das müsste doch eigentlich gigantisch sein – Hunderttausende von Menschen. Ich glaube, auch dort muss man fairerweise herunterbrechen: Wie viele Balkone sind am Ende des Tages tatsächlich geeignet, betroffen, begünstigt? Wie viele Wohnungen haben überhaupt Balkone? Sind die beschattet, sind die in der Sonne? Was wohnen da für Menschen? Ich glaube, dieser Trichter des möglichen Potenzials verjüngt sich nach unten dann auch wieder. Aber auch darüber können wir am Ende des Tages gar nichts sagen. Wir können nur messen, wie viele Anträge tatsächlich bisher eingegangen sind. Insofern sind wir optimistisch, dass sich das Produkt weiter positiv entwickelt an der Stelle.

Ein Punkt wurde auch hier in der Runde angesprochen, das ist das Thema: Welche Erfahrungen machen wir denn? – In SolarPLUS ist bereits eine ganze Reihe von Erfahrungen eingeflossen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, als wir die Vorgängerprodukte betrachtet haben. Ich glaube, das ist auch das, wie sich die Zusammenarbeit zwischen der Senatsverwaltung und der IBB oder auch der IBB-Gruppe insgesamt gestaltet, dass wir sukzessive immer diese Erfahrungen, die jetzt ganz konkret kommen, dann in Ergänzungen, in neue Module, in Anpassungen einfließen lassen. Das betrifft ganz konkret auch die Vorgehensweisen, was Einfamilienhäuser oder Eigentümer angeht. Das sind, glaube ich, genau die richtigen Schritte, dass man Erfahrungen, die man macht, dann auch in die Produkte einfließen lässt. Ich habe hoffentlich alle Fragen beantwortet, ansonsten natürlich gerne Rücksprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Herr Meyer!

Markus Meyer (Enpal B. V.): Auch von mir vielen Dank für die Fragen! – Herr Gräff! Ich glaube, jetzt ist er gerade draußen. Ich werde die Frage dennoch kurz beantworten. Zum einen fragte er mich, dass ein Mietmodell letztendlich doppelt so teuer wäre. Nun gut! Zum einen haben Verbraucherschützer das auch schon untersucht und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir Pari-Pari sind, und man muss einfach mal berücksichtigen, dass man ein Gut über 20, 25 Jahre letztendlich betreibt. Bei uns sind es dann 20 Jahre über die Miete. Wenn Teile defekt gehen, und das passiert bei einer Solaranlage beispielsweise, beim Wechselrichter oder

bei der Batterie, dann muss derjenige, der die Investition am Anfang getätigt hat, das dann im Laufe der Zeit nachholen, und der, der die Investition am Anfang tätigt, muss unter Umständen den Kredit aufnehmen, und die Zinsen, das wissen Sie alle, sind massiv gestiegen.

Bei uns ist das letztendlich alles in der Miete inkludiert. Den Mietpreis, den Sie im ersten Jahr zahlen, zahlen Sie auch noch im 20. Jahr. Das heißt also, hier schlagen auch die Inflation und so weiter zu Buche. Vielleicht ganz kurz dazu!

Es kam das Thema Netzanmeldung auf. Hierzu habe ich eine gute Nachricht für Sie: Ende Dezember hat die Europäische Kommission eine EU-Notfallverordnung veröffentlicht und dort eine Genehmigungsfiktion festgehalten, die jetzt vom BMWK noch mal bestätigt wurde. Die sagt, dass Anlagen bis 50 Kilowatt nach spätestens vier Wochen, wenn sich der Netzbetreiber nicht meldet, angeschlossen werden dürfen. In der Regel ist es tatsächlich so, dass die Netzbetreiber, weil sie so viel zu tun haben, sich nicht melden und wir die Anlagen in Betrieb nehmen können. Insofern würde ich das Thema jetzt gar nicht mehr so hochhängen.

Herr Dr. Taschner, Sie sprachen das Thema Ausbildung an, der Kollege Hansel sprach es ebenso an. Ja, Enpal bildet nicht aus, beziehungsweise möchte ich darum bitten, dass wir hier nicht über Ausbildung sprechen, weil das ein klarer Rahmen ist, sondern wir qualifizieren die Menschen. Wie machen wir das? – Wir haben eine Akademie in Mahlow bei Berlin – das ist in Brandenburg, hätten wir genauso gut in Berlin haben können –, wo wir pro Monat in etwa 120 bis 150 Menschen für die Energiewende qualifizieren. Jetzt muss man wissen – ich hole ein bisschen aus –, warum das so gut funktioniert. Früher war es so, dass man vielleicht zwei Gesellen hatte, die eine Solaranlage installiert haben. Die machten von A bis Z eigentlich alles, zwei Gesellen mit einem entsprechenden Stundenlohn. Wir haben uns die Prozessschritte mal genauer angeschaut und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass 90 Prozent der Tätigkeiten der Installation einer Solaranlage von Menschen mit einer geringen Qualifikation durchgeführt werden können. Das haben wir uns zu eigen gemacht, indem wir genau diese 90 Prozent auf das Produkt, unser Standardprodukt, schulen. Bei den letzten 10 Prozent kommt die Fachkraft, der Elektriker, die Elektrikerin, der oder die – ich sage das ganz gerne – am Ende so ein bisschen Feenstaub am Zählerschrank hinterlässt, die Anlage in Betrieb nimmt und den Kunden glücklich zurücklässt.

Ich glaube, das ist der Clou, dass wir diese Schritte ausdifferenzieren. Das funktioniert nicht nur bei Photovoltaik, sondern auch bei der Wärmepumpe. Ich selbst bin gelernter Heizungsbauer, habe Anfang der Neunzigerjahre schon Wärmepumpen installiert. Ich kann Ihnen sagen: Dafür, einen Kessel rauszureißen, brauche ich keine dreieinhalbjährige Ausbildung. Ein Fundament für die Wärmepumpe zu gießen, dafür brauche ich sie auch nicht. An Sie appelliert: Wer von Ihnen hat schon mal zu Hause die Wände selbst geweißt? – Bei bestimmten Dingen kann man, glaube ich, ganz gut auf das qualifizierte Personal verzichten. Wir müssen im Bereich der Energiewendeberufe genau schauen: Wo brauchen wir die Hochqualifizierten? Wo brauchen wir die Geringqualifizierten? – Wenn wir die Geringqualifizierten mit Teilqualifizierungen anreizen, kriegen wir das Thema am Ende auch gewuppt. Wie viele wir am Ende brauchen, kann ich Ihnen nicht sagen. Es ist aber sicherlich so, dass wir weit über 250 000 Fachkräfte auf allen Wertschöpfungsstufen brauchen.

Es kam zweimal die Frage auf, wann sich so eine Solaranlage rechnet. Ich finde, das ist total schwierig zu beantworten. Denn zum einen erleben wir gerade eine sehr schwierige Situation. Warum? – Die Strompreise fallen wieder. Hier wurden jetzt 40 Cent genannt. Wenn Sie bei den einschlägigen Vergleichsportalen gucken, finden Sie schon Preise um 30 Cent, also deutlich geringer. Gleichzeitig sind aber die Zinsen gestiegen. Das heißt, wir haben gerade eine Schere, die aufgeht. Die Investitionskosten gehen hoch, und das, was das Modell eigentlich so

wirtschaftlich macht, der Strompreis, weil ich den ja vermeide, fällt runter. Es ist also im Moment wahnsinnig schwierig, genau zu schauen, wann eine Anlage wirtschaftlich ist.

Ganz entscheidend ist bei dem Thema – damit komme ich auf das Förderthema zurück –: Wir haben mittlerweile rund 70 Gigawatt Photovoltaik installiert. Was passiert gerade? – Wir erleben, dass diese 70 Gigawatt dafür sorgen, dass wir bei diesem Wetter fast schon täglich zwischen 10 und 14 Uhr negative Strompreise haben. Streng genommen ist die Solarenergie an der Stelle eigentlich gar nichts mehr wert. Das heißt, wir müssen alles daran setzen, dass wir Speicher an die Photovoltaikanlagen heranbekommen. Speicher sind Zeitmaschinen. Sie können den Solarstrom, wenn er zur Mittagszeit für die Allgemeinheit nichts wert ist, in den Abend transportieren und dann der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Deswegen mein Appell an dieser Stelle: Reden wir nicht so viel über die Einspeisevergütung! Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die Zeit der Einspeisevergütung, zumindest die feste Einspeisevergütung bis 100 Kilowatt, der Vergangenheit angehört. Wir müssen viel stärker auf die Flexibilität schauen. Wir müssen sehen, dass wir das Gut, das wir haben, auf die Randzeiten verschieben. Das gelingt uns nur mit Speichern. Deswegen der Appell, auch an die Senatorin, SolarPLUS so zu gestalten, dass wir insbesondere die Speicher fördern. Im Übrigen kommen Sie dann auch nicht in diese Kumulationsprobleme, weil der Speicher über den Bund beispielsweise gar keine Förderung genießt. Hier hätten also die Länder wahnsinnig viel Spielraum, über die Speicherförderung tatsächlich etwas für die Energiewende zu leisten.

Die Frage nach Mietkauf kam hier noch auf. Wir versuchen, so viel Flexibilität wie möglich für unsere Kunden herzustellen. Wir haben mit der Miete angefangen, wir haben mit dem Kauf angefangen, wir diskutieren intern auch alle anderen Möglichkeiten; auch bei der Wärmepumpe ist das so. Aber bei der Wärmepumpe ist es auch so, dass wir die zurzeit nur zum Kauf anbieten. Warum ist das so? – Es gibt die Diskussion zum GEG, wie Sie mitkriegen, und es gibt die Diskussion zur Förderung beim BEG. In vielen Förderprogrammen, so ist es auch im BEG, ist es so angelegt, dass häufig letztendlich nur derjenige von der Förderung profitiert, der die Anlage kauft. Das heißt, diese ganzen Förderrichtlinien müssen auf den Prüfstand, wenn wir die Energiewende für alle sicherstellen wollen, sodass auch solche Modelle, wie wir sie anbieten – Ratenkauf, Mietkauf, Miete –, am Ende des Tages funktionieren. Das ist im Moment nicht so. Das haben wir auch in Richtung Wirtschaftsministerium kommuniziert. Das ist aber auch die Bitte an Sie: Gucken Sie genau, ob bei den Richtlinien am Ende des Tages alle Geschäftsmodelle adressiert sind! – Ich glaube, ich habe alle Fragen beantwortet. Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann Herr Vagt, bitte!

Henrik Vagt (IHK): Herzlichen Dank für die Nachfragen! Ich habe insbesondere zwei Fragen notiert, von Herrn Stroedter und Herrn Taschner.

Herr Stroedter, Sie hatten sich vor allem für das Thema Fachkräfte interessiert und für die Frage, ob die Firmen mit dem Ausbau eigentlich hinterherkommen. Ich versuche, das Thema ein bisschen von Groß zu Klein abzuschichten. Grundsätzlich ist es so, dass das Thema Fachkräftemangel definitiv die wahrscheinlich größte Herausforderung ist, der wir aktuell in der Berliner, aber auch in der deutschen Wirtschaft gegenüberstehen. Das sehen wir auch in unseren Umfragen und den Konjunkturumfragen der letzten Jahre. Wir hatten im letzten Jahr einmal die Sondersituation, dass die Energiepreise als größtes Risiko die Fachkräfte als Nummer

eins abgelöst haben. Das ist nachvollziehbar, aber mittlerweile hat tatsächlich, obwohl wir immer noch die angespannte Situation auf den Energiemärkten haben, das Thema Fachkräfte als Risiko Nummer eins die Energiepreise schon wieder abgelöst. Das heißt, das Thema ist da, und es ist groß. Das ist natürlich nicht nur im Bereich der Energiewende so, sondern auch in vielen anderen Bereichen, insbesondere in denen, die die Transformation betreffen.

Wenn man sich insbesondere den Bereich der erneuerbaren Energien anschaut, gibt es Untersuchungen, die sagen, dass uns ungefähr 200 000 Fachkräfte für die Energiewende in Deutschland fehlen, besonders im Bereich der erneuerbaren Energien. Dem kann man glauben. Für Berlin haben wir Gesamtberechnungen, die sagen, dass uns insgesamt 400 000 Fachkräfte bis zum Jahr 2035 fehlen. Deutschlandweit gehen wir davon aus, dass es 200 000 Fachkräfte im Bereich der Energiewende sind. Wenn man das noch mal ein bisschen weiter herunterbricht – damit kommen wir schon zu dem, was Herr Meyer eben beschrieben hat und was sein Unternehmen sehr eindrucksvoll beweist –, sieht man, dass man tatsächlich in die Qualifizierung von Beschäftigten gehen muss. Dann sehen wir natürlich sehr schnell die Herausforderungen. Wenn man gängige Modelle der Berechnungen nimmt, kann man sagen, dass 10 Gigawatt Photovoltaik ungefähr 25 000 Menschen pro Jahr brauchen. Jetzt hoffe ich, dass mir Herr Meyer nicht gleich wieder widerspricht und sagt: Ich schaffe es mit zehn. – Wenn man grundsätzlich aus dem traditionellen Handwerk heraus denkt, dann würde man davon ausgehen, dass das ungefähr die Größenordnung an Menschen ist, die man braucht, um 10 Gigawatt Photovoltaik im Jahr zu installieren. Das reicht aber nicht.

Wir hatten in den letzten Jahren einen Photovoltaikzubau von ungefähr 6 Gigawatt pro Jahr. Wir müssen aber deutlich über die 10 Gigawatt hinauskommen. Wenn wir die Ziele der Bundesregierung und auch die Ziele in Berlin, heruntergebrochen auf Berlin, erreichen wollen, müssen wir deutlich mehr als 10 Gigawatt Photovoltaik pro Jahr zubauen. Wir haben aber heute schon eine Engpasssituation bei den Fachkräften. Deswegen braucht es tatsächlich Unternehmen wie Enpal, die sagen: Wir gehen selber in die Qualifizierung von Beschäftigten. Wir versuchen, diese Tätigkeiten zu modularisieren und die Dinge, die vielleicht mit geringeren Qualifikationen geleistet werden können, entsprechend anzugehen. – Das ist der richtige Weg, und auf diesem Weg müssen wir weitergehen. Das machen die Betriebe auch, Enpal ist nicht das einzige Unternehmen, das das macht, sondern es sind auch viele andere. Das ist auch genau der richtige Weg.

Gleichwohl ist es natürlich so, dass auch andere Branchen versuchen, diese Lücken zu füllen. Vor diesem Hintergrund kann man das eigentlich nur in den größeren Kontext setzen, indem man sagt: Wir brauchen eine stärkere Berufsorientierung auch in Richtung dieser Bereiche. Wir brauchen eine stärkere Berufsorientierung in den Schulen in Richtung erneuerbarer Energien. Klimaberufe sind ein Thema. Der Senat hat sich dazu auf den Weg gemacht. Diesen Weg müssen wir dringend fortsetzen, damit junge Menschen eine Ausbildung in diesem Bereich ergreifen oder sich anders qualifizieren, damit sie dann für die Transformation zur Verfügung stehen.

Das bringt mich auf die zweite Frage, die Herr Taschner gestellt hat, was eigentlich die Hürden sind. Das Thema Fachkräfte hatten wir jetzt. Im regulatorischen Bereich gibt es immer noch einiges, was man tun kann. Das ist insbesondere bundesgesetzlich. Herr Taschner, Sie hatten gefragt, was die landesrechtlichen Hürden sind, die man abbauen kann. Der Masterplan Solarcity hatte damals einiges identifiziert, das man angehen sollte. Dabei ging es vor allem

um den Netzanschluss von Photovoltaikanlagen. Das sind natürlich die Bereiche, wo dann auf der Landesebene etwas passieren kann, wenn man über die Zusammenarbeit mit dem Stromnetzbetreiber nachdenkt. Aber die große Musik spielt insbesondere auf der bundesgesetzlichen Ebene.

Hierzu würde ich gern vier Punkte herausgreifen, die ich exemplarisch als das nenne, wo man rangehen kann und wo man auch rangehen sollte, um Hürden für das Gewerbe abzusenken und mehr in Photovoltaik investieren zu können. Das Erste ist – ich hatte es vorhin schon kurz skizziert –: Wenn Sie mehr Grünstrom erzeugen, als Sie selbst verbrauchen und den Rest an Tochterfirmen oder Nachbarbetriebe abgeben wollen, dann gilt das in Deutschland nicht mehr als Eigenversorgung, sondern Sie müssen sich als Stromlieferant registrieren. Dann haben Sie als Abnehmer sämtliche Steuern, Umlagen und Netzentgelte zu bezahlen, sodass es eigentlich für beide Seiten am Ende kein wirklich lukratives Geschäft mehr ist. Die Empfehlung ist hierzu, eine Bagatellgrenze einzuführen, um diese Form der Belieferung mit erneuerbarem Strom zu erleichtern.

Der zweite Punkt ist – ich hatte es vorhin ebenfalls kurz angesprochen –: Wenn Sie das nicht in unmittelbarer räumlicher Nähe machen, also die Photovoltaikerzeugungsanlagen nicht auf Ihrem Hausdach, dem Dach der Fabrik, Lagerhalle oder des Produktionsgebäudes insgesamt liegen, dann haben Sie das Problem, dass Sie die Anschlussleitungen über öffentlichen Grund legen müssen. Dann kommen Sie in die Frage von Genehmigungsverfahren und Duldungen von solchen Anschlussleitungen, die öffentlichen Grund überqueren. Auch hier wäre es sinnvoll, eine Vereinfachung einzuführen.

Dritter Punkt, aus dem Einkommensteuerrecht: Momentan ist es so, dass Einnahmen aus dem Betrieb von PV-Anlagen bis 30 Kilowatt steuerfrei sind. Wenn Sie das Ganze aber in einen Steuerfreibetrag umwandeln, dann haben Sie nicht die Situation, dass man sofort gesamthaftsteuerpflichtig wird, wenn man die Grenze überschreitet. Das in einen Steuerfreibetrag umzuwandeln, würde an der Stelle die Betroffenen entlasten.

Der letzte Punkt ist ein Punkt, der gerade auf der Bundesebene diskutiert wird. Wir haben die Verordnung zum Nachweis von elektrotechnischen Eigenschaften von Energieanlagen – kurz NELEV –, die gerade beraten wird. Hier geht es um die Frage der Anlagenzertifizierung. Es ist so, dass Sie für Anlagen in der Größenklasse zwischen 135 Kilowatt und 1 Megawatt ein sogenanntes Anlagenzertifikat brauchen. Da es aber zu wenige Zertifizierungsstellen gibt, haben wir eine Verzögerung beim Zubau. Es gibt zwar eine Übergangsregelung, das ist auch alles gut, aber grundsätzlich plädieren wir dafür, auf diese Anlagenzertifizierung generell zu verzichten, um den PV-Zubau zu erleichtern und zu beschleunigen.

Schließlich noch ein Punkt: Wir haben eben gerade in einigen Stellungnahmen das Thema PPA, Direktstromlieferungen, schon gehört, das ich noch mal deutlich hervorheben möchte. Das ist aus unserer Sicht absolut das Zukunftsthema. Herr Meyer hat eben gerade gesagt, dass die Einspeisung eigentlich nicht mehr die große Rolle spielen wird. Je weniger die Einspeisung eine große Rolle spielt, desto mehr steigt die Bedeutung von PPAs. Wir müssen versuchen, dieses Instrument noch stärker im bundesgesetzlichen Rahmen insgesamt zu stärken, indem wir zum Beispiel Investitionszuschüsse geben, eine Befreiung von Netzentgelten stärker in den Blick nehmen, um diese Situation zu incentivieren, dass ich eine Erneuerbare-Energien-Anlage installiere und dann anderen den Strom verkaufen kann. Das ist das große

Ziel, und das wird der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland einen weiteren Vorsprung verschaffen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank an Sie alle für die Beantwortung der Fragen! – Ich würde dann erst mal den Senat, die Senatorin, bitten, dass Sie uns die Fragen beantworten, die an den Senat gestellt worden sind. – Bitte sehr!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank auch noch mal von meiner Seite an die Experten! Ich habe den Eindruck, dass einige der Fragen tatsächlich schon durch Sie beantwortet worden sind. Somit kann ich das hier nur noch mal bekräftigen.

Vielleicht einmal zur Einführung: Wir haben das Grundsatzziel der Klimaneutralität für Berlin. Die Solarenergie ist dabei ein ganz entscheidender Punkt. Deswegen haben wir den Masterplan Solarcity, der sagt, dass bis 2035 – nicht bis 2050 – 25 Prozent des erzeugten Stroms aus Photovoltaikanlagen zu gewinnen sind. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, weil das bedeutet, dass die Stromerzeugung, die wir bis dahin brauchen, eine installierte Leistung von 4 400 Megawatt Peak erfordert. Da sind wir noch nicht, wir sind noch ganz schön weit davon entfernt. Insofern ist es nötig, alles zu tun, um jede Initiative, die das befördert, voranzubringen.

Das SolarZentrum ist von Ihnen schon erwähnt worden. Ich bin sehr froh, dass wir hier einerseits die Beratung, andererseits die Förderung anbieten können mit dem neuen Standort, auch wenn natürlich, Herr Brückmann, bei Ihnen auch noch Veranstaltungen stattfinden. Ich finde es gut, wenn es eine gute und seriöse Anlaufstelle gibt. – [Zuruf von Christian Gräff (CDU)] – Ja, seriöse gibt es viele! – [Zuruf von Christian Gräff (CDU)] – Das war jetzt gar nicht mit dem Wort seriös gemeint. Ich meinte den Ort, der mit dem Energieeffizienzhaus sehr gut gewählt ist, finde ich. Herr Gräff, natürlich gibt es mehrere andere. Finden Sie nicht gut? – [Zuruf von Christian Gräff (CDU)]

Vorsitzender Jörg Stroedter: Wir machen hier keine Zwischenrufe, sondern die Senatorin hat das Wort. – Bitte sehr!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Ich fand es jedenfalls gut, dass wir diese Wiedereröffnung am neuen Standort, der mehr Möglichkeiten bietet, jetzt machen konnten. Aber ich finde es wichtig, dass das SolarZentrum Berlin den Anspruch hat, nicht immer nur an einer Anlaufstelle zu sein, sondern vor Ort mit Ihnen zusammen, den Verbänden, Beratungen dort, wo die Leute sind, anzubieten. Das wollte ich einfach nur sagen. Das ist einer der Punkte dabei.

Wir haben als Land vor, in diesem Jahr zusätzlich eine Solarcitykampagne zu machen, mit der wir noch mal ein Stück weit Aufmerksamkeit erreichen wollen. Wir haben die Solarwende-Internetseite, die weiterhin mit Informationen zur Verfügung steht, und wir haben unsere beiden großen Förderprogramme SolarPLUS und Effiziente GebäudePLUS. Dazu kommt – das haben wir letzte Woche in der Hauptstadtkonferenz der Elektromobilität noch mal deutlich gemacht –, dass natürlich auch unser Programm WELMO – die wirtschaftsnahe und wirtschaftsfördernde Elektromobilität – einen Beitrag dazu leistet und dass wir gerade bei der Förderung von Wallboxen über Effiziente GebäudePLUS und WELMO gehen können und

nicht nur Einzelanlagen für Privathaushalte unterstützen können, sondern auch die wirtschaftliche Infrastruktur.

Wir haben im Masterplan Solarcity für 2022 eine Berichtspflicht. Dieser Monitoringbericht wird jetzt im Juni erscheinen. Der Monitoringbericht wird zeigen, dass wir beim Photovoltaikzubau auf einem guten Weg sind, sowohl in der Anzahl der Anlagen als auch in der installierten Leistung, die exponentiell zunimmt. Man kann es auch so sagen: Wir haben wirklich einen Run auf die SolarPLUS-Fördermittel, insbesondere aber auch bei den Effiziente-GebäudePLUS-Fördermitteln. Im ersten Halbjahr dieses Jahres 4 600 Anträge, das ist echt schon eine Hausnummer. Das zeigt, dass es eine ganz große Bereitschaft in der Bevölkerung gibt, das hier für sich selber, für ihr eigenes Lebensumfeld anzunehmen.

Wir haben mittlerweile 15 000 Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 192 Megawatt Peak. Wir werden mit dem Zubau natürlich noch mal nach vorne kommen. Herr Brückmann, Sie haben es angesprochen: Die Solarpflicht ist natürlich ein Punkt dafür, dass wir eine Steigerung des Interesses haben. Ich weiß, Sie sind dem nicht positiv gegenüberstehend. Ich will aber einfach noch mal sagen: Bei den vielen Baumaßnahmen, die wir haben, bei den Leuten, die bei uns Fördergelder für ihre Solardächer beantragen, haben wir auf der anderen Seite 50 Anträge auf Ausnahmen bei der Solardachpflicht, zwei wegen wirtschaftlicher Härten. Das ist, finde ich, auch noch mal sehr interessant, bei allem Klagen über die Solardachpflicht, wenn man sich anschaut, wie wenig Ausnahmeanträge, vor allem, wie wenig Härtefallbegründungen wir haben. Man kann das sicherlich unterschiedlich interpretieren. Sie werden mir garantiert gleich widersprechen. Ich finde aber schon, dass wir eine Entwicklung sehen, die im Land, wahrscheinlich auch durch die Ukrainesituation im letzten Jahr und die Kriegsfolgen befördert, eine viele stärkere Auseinandersetzung in der Bevölkerung mit der Energieversorgungssicherheit und erneuerbaren Energien zeigt. Wir sehen eine größere Bereitschaft in der Bevölkerung, diesen Weg zu gehen, und auch den Wunsch danach.

Unser Wachstumshemmnis liegt eher im Bereich der Fachkräfte; das hat Herr Vagt auch gesagt. Wir haben einfach zu wenige Leute, die als Solarteure auf den Dächern sind. Enpal hat sich dafür etwas einfallen lassen, zu sagen: Wir brauchen vielleicht nicht für jede Tätigkeit die Fachkräfte. – Ich kann mich aber erinnern, als ich im strömenden Regen bei Ihnen auf der Baustelle war, dass wir auch über das Thema Fachkräfte gesprochen haben. Auch für Sie ist es nicht so leicht, die Arbeitskräfte zu finden, selbst wenn es keine Fachkräfte sind. Sie brauchen Arbeitskräfte. Auch das ist ja eine Herausforderung, das muss man ganz klar sagen. Das ist eines der großen Wachstumshemmnisse, das wir nicht nur in dem Bereich haben, sondern auch generell in der Berliner Wirtschaft.

Wir als öffentliche Hand haben durch die ganze Novellierung des Klimaschutz- und Energiewendegesetzes natürlich eine Vorbildrolle. Deshalb ist es für uns, glaube ich, extrem wichtig, dass wir dabei mit gutem Beispiel vorangehen, dass wir nicht nur von anderen eine Verpflichtung einfordern, sondern bei uns selber anfangen und natürlich auch die Bestandsgebäude sehen. Einige von Ihnen haben nach dem Sondervermögen Klimaschutz gefragt, was damit passieren soll. Es ist nicht so, dass man nichts erfährt, sondern wenn Sie unsere Pressekonferenz gestern aus der Senatsklausur am Wochenende aufmerksam verfolgt haben, hat dort das Thema Sondervermögen Klimaschutz eine wichtige Rolle gespielt. Wir haben noch mal deutlich gemacht, dass die Schrittfolge so ist, dass das Sondervermögen erst einmal errichtet werden muss. Es ist noch nicht da, sondern es muss errichtet werden. Die Finanzierungswege

müssen dafür erschlossen werden. Wir brauchen ein Sondervermögenerrichtungsgesetz, das uns erst einmal in die Lage versetzt, überhaupt Mittel dafür auszugeben. Die Vorbereitungen dafür laufen. Wir wollen das Hand in Hand mit den Haushaltsberatungen machen, auch die Beratungen, wie das Geld ausgegeben und wie es eingesetzt werden soll.

Entscheidend wird sein, dass es drei große Bereiche geben wird, beziehungsweise einen vierten noch dazu, der natürlich im Bereich der Gebäudeenergieeffizienz liegen wird. Das wird zum Zweiten im Bereich Verkehr, Mobilitätswende, Ladeinfrastruktur und zum Dritten im Bereich erneuerbare Energien liegen – damit sind wir dann auch wieder bei SolarPLUS –, und es wird im Bereich der Transformation der Wirtschaft liegen.

Wir haben die Aufgabe, damit nicht einfach Dinge zu finanzieren, die wir sowieso schon im Haushalt haben, sondern neue Dinge damit zu finanzieren, Dinge, die add-on kommen, es ist also ein additiver Ansatz und letztendlich ein Aufbauen auf dem, was schon da ist. Wir haben SolarPLUS, wir sehen, dass wir eine Riesennachfrage haben. Wir sehen aber auch, dass noch andere Bereiche gewünscht sind. Die Themen Speichern, Einspeisung/Nichteinspeisung – wie macht man das? – sind hier angesprochen worden. Sie haben das Beispiel Thüringen angesprochen. Ich kann Ihnen die Gesetzeslage in Thüringen jetzt nicht im Detail erläutern, würde Ihnen aber zusagen, dass wir uns noch mal ansehen, wie der Punkt dafür in Berlin aussehen kann, ob es Anwendungsbezüge gibt. Dazu gibt es Pro und Kontra. Ich würde das mitnehmen. Natürlich ist der Gesichtspunkt der Doppelförderung einer, den wir beachten müssen. Die Frage ist, ob es Wege gibt, trotzdem eine Möglichkeit dafür zu finden. Das kann ein Thema sein.

Wenn ich mir überlege, wie gerade am Wissenschaftsstandort Adlershof geforscht wird, an der Speicherung, an Lösungen, wie man den Strom, der auf dem Dach erzeugt worden ist, über die Umwandlung in Wasserstoff für den Gebrauch vor Ort sparen kann, ihn für eine spätere Nutzung speichern kann, wenn die Sonneneinstrahlung nicht so stark ist, sind das alles Dinge, an denen gearbeitet wird. Sicherlich muss es, wenn man sich das Sondervermögen anguckt, auch die Möglichkeit geben, solche innovativen Sachen zu unterstützen, genauso wie die Frage, wie künftig unsere Solaranlagen aussehen.

Ich habe mich mit dem Europachef von Mitsubishi Electric getroffen, der mir aus Tokio berichtet hat, wie daran gearbeitet wird, dass wir künftig viel mehr dahin gehen, wo die Solaranlagen eigentlich sind, wie die Paneele aussehen. Sie haben von Abständen in der Bauordnung gesprochen. Ich finde die Überlegung, wie man die Solarpaneele in die Oberfläche von Gebäuden integrieren kann, viel interessanter. Auch daran wird geforscht. Das ist sicherlich noch Zukunftsmusik, aber ich glaube, dass Berlin gut beraten ist, auch solche innovativen Wege zu unterstützen, die über das klassische Solarpaneel hinausgehen. Trotzdem müssen wir schauen, wie wir mit den bestehenden Möglichkeiten und den bestehenden technischen Lösungen mehr Leistung erwirtschaften können. Das heißt, dass wir uns auch Hindernisse und Hürden ansehen.

Die Landesbauordnung ist angesprochen worden. Es gehört zum Sofortprogramm des Senats, die Landesbauordnung jetzt in die Beschlussfassung zu bringen. Der zuständige Stadtentwicklungssenator, Christian Gaebler, hat in der Senatsklausur am Wochenende ausgeführt, dass die Bauordnung zum 100-Tage-Programm gehört, aber dass der Fokus sein muss, wie wir Dinge erleichtern und nicht erschweren, wie wir Hürden und Hindernisse abbauen, gerade für

den Ausbau der erneuerbaren Energien. Es wird sicherlich dazu noch einige Diskussionen geben. Ich kann Ihnen natürlich jetzt zu dem, was in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung im Detail läuft, nicht die Ausführungen machen. Wir werden bei der Bauordnung selbstverständlich in der Mitzeichnung sein. Wir werden das, was heute hier angesprochen worden ist, natürlich mit berücksichtigen.

Jemand hat das Thema der Landesunternehmen angesprochen, wie die Landesunternehmen mit gutem Beispiel vorangehen. Das ist natürlich ein Thema für uns. Ich kann nur noch mal sagen: Wenn wir fordern, dass die Wirtschaft und Privatpersonen Solaranlagen auf ihren Dächern installieren, dann müssen wir das genauso als Anspruch für die landeseigenen Unternehmen haben. Darum werden wir uns kümmern.

Vielleicht noch zu einer Anforderung, die Sie gestellt haben – ich weiß nicht, ob es Herr Dr. Taschner oder jemand anderes war –, zur Solarpflicht im Bestand. Wenn ich es richtig verstanden habe, sollte ich hier noch mal einen Bekenntnisschwur leisten. Ich kann nur ganz nüchtern sagen: Wir haben diese Solardachpflicht eingeführt, und es gibt keine Aktivitäten des Senats, diese wieder abzuschaffen. Ich finde, auch wenn man sich ansieht, wie die Sonderregelungen, Härtefallregelungen und der Verzicht auf die Verpflichtung in Anspruch genommen werden, im Gegenzug zu dem, was an Bereitschaft da ist, diesen Weg zu gehen, dann ist das ein Thema, wo wir keine Kehrtwendenotwendigkeit des Senats sehen. – Herr Brückmann, Sie müssen jetzt ganz stark sein. – Ich habe das auch mit Manja Schreiner in Ruhe besprochen. Sie ist in dem Interview so ein bisschen fehlgeleitet gewesen, weil die Frage suggestiv gestellt war. Wir sind uns einig, dass wir an dieser Solardachpflicht festhalten und alles dafür tun werden, dass diejenigen, die das machen wollen und die Unterstützung, Beratung und Förderung brauchen, diese bekommen. Das ist unser Fokus an der Stelle, weil wir es sonst nicht schaffen. Wenn Sie sich angucken, wie viel wir erreichen müssen, um das Ziel bis 2035 hinzukriegen, dann schafft man das nicht mit einer unverbindlichen Empfehlung. Das kennen wir auch aus anderen Bereichen, da kommen wir nur begrenzt weiter.

Wir müssen ganz gezielt Anreize schaffen und auch vorgeben, dass wir in diese Richtung gehen wollen.

Trotzdem ist es so, dass man, wenn man sich anguckt, wie die PV-Anlagen verteilt sind, ganz klar sagen muss, dass sich der Großteil auf Gebäuden von Privatpersonen befindet. Das sind zwar vergleichsweise kleine Anlagen, aber wenn man die PV-Anlagen auf Gebäuden von Privatpersonen sieht, dann haben die einen Anteil von 47 Prozent der Leistung. Das heißt, es sind zwar kleine Anlagen, aber sie haben einen beachtlichen Anteil an dem, was wir an Leistung hier in der Stadt erreichen. Daraus wird sehr deutlich, dass wir mit Großanlagen auch auf landeseigenen Liegenschaften wirklich einen wichtigen Schritt machen werden. Ich will nur mal die 50 000 Quadratmeter auf dem Dach der Berliner Messe benennen. Das ist eine Großanlage, die wirklich metern wird. So etwas brauchen wir mehr, und wir haben große Liegenschaften des Landes. Wir sind vor allen Dingen für uns selber in der Pflicht, das zu tun, egal ob auf den Theatergebäuden, den Schulgebäuden, den Krankenhäusern, überall gibt es Möglichkeiten. Ich sehe ganz klar, dass das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation einen ganz wichtigen Beitrag dazu leisten kann, hier noch mal deutlich mehr zu tun, als das bisher der Fall war.

Zum Solarausbau bei den mobilen oder dezentralen Photovoltaikanlagen, sprich, den Balkonkraftwerken, wie es in Neudeutsch oder einfach salopp heißt – oder Lauben-PV, das habe ich heute von Ihnen als Kurztitel mitgenommen –: Das ist, glaube ich, ein guter Schritt. Ich denke, dass es eine Bereitschaft dazu gibt. Wir werden jetzt sehen, wie die Leute reagieren. Wir werden das massiv bewerben, um zusätzlich Menschen dafür zu gewinnen. Wir haben weit über 100 000 Eigenheime, Wohneigentum, Orte, die infrage kommen, und 71 000 Lauben oder Kleingartenparzellen, um die es dabei geht. Wenn die alle mitmachen, sind wir deutlich darüber. Das müssen wir mal gucken. Ich denke jedenfalls, wenn wir sehen, dass die 14 000 Anlagen, die wir bisher vorhaben, nicht reichen, dann wäre das für mich ein Punkt, bei dem man sagt, da gehen wir noch mal hoch. Eine Ausweitung des Programms im Sondervermögen könnte ein Thema sein. Das müssen wir aber alles in Ruhe besprechen. Das wird natürlich nicht ohne das Parlament passieren.

Ich kann Ihnen nur sagen, woran wir jetzt arbeiten, ist vor allen Dingen erst mal die Errichtung dieses Sondervermögens, bevor dann die Verteilung passiert. Natürlich ist die inhaltliche Ausrichtung auch parallel. Es wird eine interministerielle Arbeitsgruppe geben, die sich in dieser Woche, am 13. Juni, das erste Mal treffen und darüber sprechen wird, wie das Sondervermögen inhaltlich ausgestaltet werden kann. Fakt ist aber: Zunächst brauchen wir erst einmal die stichhaltige rechtliche Begründung, das zu tun, und die notwendigen Voraussetzungen, um tatsächlich ein solches Gesetz rechtssicher zu machen. Das ist das, woran die Finanzverwaltung im Moment arbeitet. Man muss auch sehen, dass sie parallel daran arbeitet, einen Landeshaushalt in Rekordzeit aufzustellen, damit wir dann am 14. Dezember die Haushaltsbeschlussfassung haben. Das sind alles sehr große Herausforderungen, aber ich bin nach der Senatsklausur am Wochenende sehr zuversichtlich, dass das im Zeitplan gelingt.

Insofern würde ich einfach sagen, ich berichte, sobald wie möglich. Ich gehe davon aus, dass wir beim nächsten Ausschuss zum Thema Energie schon mehr Informationen haben, die wir Ihnen zur Verfügung stellen können. – Vielleicht so weit!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Senatorin Giffey! – Dann habe ich jetzt noch zwei weitere Wortmeldungen, beide von der Linksfraktion. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit bitte ich um kurze Wortmeldungen. – Ich fange an mit dem Kollegen Scheel.

Sebastian Scheel (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Frau Senatorin! Vielen Dank auch für Ihre Ausführungen und natürlich für die Beantwortung der Fragen durch die Sachverständigen! Ich wäre auch sehr dafür, dass man mal diesen Best-Practice-Ansatz – das habe ich jetzt als Mitnahme empfunden – verfolgt, dass Sie noch mal gucken, was in anderen Bundesländern gemacht wird. Das ist vielleicht möglich, um diese Fragen zu erleichtern.

Zur Frage der IBB, dass es keine Kenntnis darüber gibt, welche Einkommensstrukturen eigentlich da sind: Das ist für mich so eine Art blinder Fleck. Dann haben wir ein Problem bei der Programmierung. Diesen Programmierungsfehler sollten wir schnellstmöglich beheben. Im Zweifel können wir da auch mit Anträgen nachhelfen. Ich darf daran erinnern, dass es unterschiedliche Länder gibt, die durchaus höhere Förderquoten bis zu Maximalförderhöhen vorsehen, bis zu 50 Euro für Bedürftige, damit solche Balkonanlagen dort errichtet werden können. Wir wissen alle miteinander, dass in Berlin ein hoher Anteil der Menschen – über die Hälfte – einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hat. Die Menge der potenziellen Nachfrage müsste eigentlich sehr hoch sein. Man müsste also theoretisch auch in der Lage sein, relativ schnell ein nötiges Angebot auf der Förderseite zu schaffen. Wie gesagt, andere Kommunen sind in der Lage, das zu schaffen. Es scheint also keine rechtliche Hürde dagegen zu stehen. Das ist zumindest eine Erkenntnis der heutigen Anhörung, die ich mitnehme, die, glaube ich, relativ schnell umgeändert werden kann.

Ein weiteres Thema – ich habe jetzt noch mal kurz auf das Programm geschaut –: Dass ich beim Vermieter eine Genehmigungspflicht einer solchen Anlage mit drin habe, wenn ich sie doch selber anstecken kann, denn das ist ja Sinn und Zweck der Sache, scheint mir nicht ganz im Sinn der Sache zu sein. Schnell geht das ins Geschmäckerliche, wenn diese Genehmigung versagt wird. Ich darf mal an die ganzen Satellitenschüsseln in den Neunzigerjahren erinnern, die niemandem gefallen haben. Ich glaube, man müsste aufpassen, dass das kein Einfallstor sein kann, um diese Möglichkeit zu versagen. Ich wäre tendenziell eher bereit, darüber nachzudenken, ob es eigentlich eine Genehmigungspflicht, außer aus wichtigen Gründen, von der Vermieterseite geben müsste. Vielleicht können Sie dazu auch noch mal kurz sagen, wie Sie das einschätzen würden.

Vorsitzender Jörg Stroedter: So, dann der Kollege Valgolio, bitte sehr!

Damiano Valgolio (LINKE): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich habe mich jetzt trotz der fortgeschrittenen Zeit gezwungen gesehen, mich noch mal zu melden, weil wir nebenbei das Thema Fachkräfteversorgung in den Klimaberufen jetzt gestreift haben, und zwar mit einem Zungenschlag, der mir nicht ganz richtig erscheint und den ich zumindest für das Protokoll nicht unwidersprochen stehenlassen möchte.

Herr Meyer, Sie haben das Modell Enpal vorgestellt und gesagt, dass Sie eigentlich praktisch nicht im Sinne einer richtigen Berufsausbildung ausbilden, sondern die Arbeitsschritte modularisieren und dann Ihre neuen Beschäftigten mit relativ kurzen Praxisanleitungen und Kursen dazu befähigen, diese ungelerten Tätigkeiten auszuüben. Ich halte das für einen ganz

gefährlichen Holzweg, der auch nicht dem entspricht, wozu wir uns bisher in diesem Ausschuss und insgesamt in Berlin verständigt haben, wie wir den Fachkräftemangel angehen wollen. Denn wir sind natürlich der Auffassung, dass die Unternehmen, gerade die Unternehmen in den Klimabranchen, die bei aller Liebe zum Klima im Moment auch ganz gutes Geld mit den Solaranlagen machen, natürlich junge Leute ausbilden sollen, damit wir Anlagenmechaniker, Elektriker, Installateure und so weiter kriegen. Es ist auch die Pflicht dieser Unternehmen, diese jungen Menschen auszubilden, und nicht, sie über irgendwelche – das haben Sie ja wirklich mit dankenswerter Offenheit dargestellt – Kurz-, Knapp- und Schnellanleitungen zu befähigen, ungelernete Tätigkeiten auszuüben und dann diese ungelernen Tätigkeiten immer weiter aus den Arbeitsschritten heraus zu modularisieren. Das ist ein ganz gefährlicher Holzweg, denn spätestens dann, wenn sich die Technik ein bisschen verändert und diese einfachen Schritte sich ein bisschen verändern, stehen wir ohne Fachkräfte da. Das ist genau das Problem, das wir jetzt haben, weil über viele Jahre so verfahren wurde, wie Sie das dargestellt haben.

Frau Senatorin, mir schien, dass Sie eine gewisse Sympathie dafür erkennen ließen. Das war wahrscheinlich falsch verstanden. Ich will jetzt gar keine Debatte aufmachen. Wir haben das ja für eine der nächsten Ausschusssitzungen auf der Tagesordnung. Es ist ein wichtiges Thema. Ich wollte nur kurz widersprechen und sagen, dass wir natürlich darauf setzen müssen, dass gerade in diesen Berufen die jungen Leute, die dort einsteigen, eine richtige Berufsausbildung kriegen und möglichst Elektriker oder Installateure werden.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Jetzt habe ich die Kollegin Bozkurt noch dazu. – Bitte sehr!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Ich muss jetzt auch kurz darauf reagieren. Ich finde, der Kollege Valgolio hat einen wichtigen Punkt angesprochen. Allerdings steht das im Masterplan Solarcity genauso drin. Unter den Maßnahmen der Empfehlungen der Expertinnen und Experten steht unter Punkt 5.2, dass die Erhöhung der Zahl der Handwerksbetriebe, die Solarinstallationen anbieten, Qualifizierungen im Bereich Solartechnik und die Unterstützung der Nachwuchsförderung in Handwerksbetrieben sicherstellen soll. Im Grunde ist es nichts anderes als das, was wir schon festgehalten hatten. Langfristig sollte es das Ziel sein, ohne Frage. Nur glaube ich nicht, dass wir deshalb die ersten Schritte, die in die Richtung getan werden, kritisieren sollten. Wie gesagt, das Langfristziel teilen wir.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gibt es noch Fragen aus dem Ausschuss? – Das ist nicht der Fall. Dann würde ich die Redeliste schließen und jetzt die Beantwortung kurz anschließen. Frau Senatorin, Sie hatten um das Wort gebeten.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielleicht nur zwei kurze Gedanken. Einmal zu Best Practice: Herr Scheel, ich bin sowieso der Meinung, dass wir uns Best Practice nicht nur in anderen Bundesländern anschauen sollten, sondern wirklich auch international schauen sollten, was andere machen. Ich will es nur noch mal sagen: Wir haben diese Woche den Asia Berlin Summit hier in der Stadt. Das sind über 1 000 Teilnehmer aus 20 asiatischen Ländern, die sich mit den Themen Green Technology, Sustainability, auch Solar [unverständlich], dem ganzen großen Thema, wie wir erneuerbare Energien hinbekommen, beschäftigen. Die haben auch Lösungen in ihren Ländern. Ich finde, dass es uns gut zu Gesicht steht, wenn wir auch über Berlin hinaus international gucken, wie andere Städte das lö-

sen und wie sie damit umgehen. Das ist für mich ein ganz wesentlicher Punkt, dass wir hier nicht alles neu erfinden, sondern schauen, wie andere Städte und Metropolen wie Berlin diese Transformationsprozesse machen und wie sie es hinkriegen, dass sie schneller klimaneutral werden. Das sollten wir auf jeden Fall machen.

Zum Thema Ausbildung: Herr Meyer, das ging mir damals auch so, als ich bei Ihnen war, deswegen will ich das noch mal bekräftigen. Als ich bei Ihnen war und gefragt habe: Wer macht das eigentlich? Wie machen Sie das? Was sind Ihre Leute? –, haben Ihre Kollegen erzählt, dass sie diese Kurzqualifikationen machen, um das erst mal hinzukriegen, was ja ein pragmatischer Lösungsansatz ist. Trotzdem, glaube ich, ist es extrem wichtig, dass die Leute dann nicht dabei bleiben, sondern dass wir sagen: Das oberste Ziel muss es sein, dass sie alle eine vernünftige, ordentlich abgeschlossene Berufsausbildung haben und dass, wenn man sie für die Installation von Solar qualifiziert, das als Zusatzqualifikation verstanden wird. So haben mir Ihre Kollegen das damals auch erklärt, dass Sie vielfach so vorgehen, dass jemand Dachdecker ist, schon eine Grundausbildung hat und dann für die Installation der Solaranlage eine Zusatzqualifikation bekommt, um das zu können. Das finde ich gut. Ich finde es nur ganz wichtig – da würde ich Herrn Valgolio zustimmen –, dass unser Ziel sein muss, dass alle jungen Leute, egal, in welchem Bereich sie arbeiten, ihr Berufsleben nicht mit einer 14-Tage-Schulung bestreiten, sondern dass immer auch eine seriöse, ordentliche Berufsausbildung da ist und dass das, was sie lernen, um Solar zu installieren, ein Add-on, eine Zusatzausbildung ist, die auf anderes, was gelernt und was abgeschlossen worden ist, aufsetzt. – Ihnen brennt es jetzt schon auf der Seele. Ich hatte Sie so verstanden, dass Sie auch dieses Ziel verfolgen. Ich will das aber hier noch mal bekräftigen. Ich halte es wirklich für ganz wichtig.

Markus Meyer (Enpal B.V.): Entschuldigung, aber genau das ist es ja. Unser Ziel – –

Vorsitzender Jörg Stroedter: Hallo! Das Wort erteile in dem Ausschuss ausschließlich ich. Eigentlich wäre es ein Grund, Ihnen das nicht mehr zu erteilen, weil Sie es sich selber genommen haben. Ich bitte also darum, sich daran zu halten. Dann können Sie jetzt noch mal zwei Minuten sprechen. Keinen neuen Anfang! – Bitte sehr!

Markus Meyer (Enpal B.V.): Vielen Dank! – Verzeihung bitte! Sie haben natürlich recht. – Uns geht es nicht darum, das komplette duale Bildungssystem abzuschaffen oder Sonstiges, sondern unser Ziel müssen Teilqualifikationen sein. Wie gesagt, ich bin gelernter Heizungsbauer, ich habe das dreieinhalb Jahre gemacht. Ich bin davon überzeugt, dass wir heute nicht mehr dreieinhalb Jahre lernen müssen, um bestimmte Tätigkeiten für eine Wärmepumpe oder Solaranlage zu verrichten. Gleichzeitig müssen wir aber sicherstellen, dass wir die Curricula noch mal genau anschauen und daraus Teilbereiche machen. Dann kann das, was wir tun, eine Teilqualifikation sein, die auf etwas Weiteres einzahlt, sodass am Ende vielleicht doch so etwas herauskommt wie das, was ich geworden bin, Heizungsbauer, Elektriker oder was auch immer.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann würde ich vorschlagen, dass wir die Debatte jetzt an dieser Stelle beenden. Ich darf mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie zu uns gekommen sind und dass Sie für die Anhörung zur Verfügung standen. Das wird eines der wichtigen Themen in diesem Ausschuss bleiben, insofern sehen wir uns vielleicht noch mal wieder, wenn weitere Dinge zu besprechen sind. Das eine oder andere ist aufgenommen worden, auch das spezielle Thema Thüringen wird sicherlich im Gespräch noch erörtert werden.

Dann schließen wir den Punkt ab. Ich darf mich bei Ihnen bedanken, und Sie sind gern in weitere Termine entlassen oder in das schöne Wetter.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0984

**Arbeitsplätze und energiewirtschaftliches Know-how
der Mitarbeiter*innen bei Vattenfall Wärme und
GASAG für Berlin erhalten**

[0107](#)
WiEnBe
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.